



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1916**

139 (23.3.1916) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-328525](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-328525)



Bezugspreis: Viertel 1.— monatlich.  
Bruttogehalt 30 Pfg., durch die Post  
einschließlich Postzuschlag Mk. 4.82  
im Vierteljahr. Einzel-Nummern in  
Mannheim und Umgebung 5 Pfg.  
Anzeigen: Kolonial-Beile 40 Pfg.  
Reklame-Beile ..... 1.20 Mk.  
Schick der Anzeigen-Einnahme für  
das Blattblatt morgens 1/9 Uhr.  
für das Abendblatt nachm. 3 Uhr.

# General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

## Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Zweigschriftleitung in Berlin, N.W. 40, In den Zelten 17, Fernsprech-Nummer Telephon-Amt Hansa 497. — Postfach-Konto Nr. 2917 Ludwigshafen a. Rh.

Beilagen: Amtliches Verordnungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; wöchentlich. Tiefdruckbeilage: „Das Weltgeschehen im Bilde“; Technische Rundschau; Sport-Rundschau; Wandern und Reisen sowie Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 139.

Mannheim, Donnerstag, 23. März 1916.

(Mittagsblatt.)

### Die Schlacht von Verdun. — Kardinal Mercier.

#### Die dunklen Pläne der deutschen Seereschiffahrt.

Bern, 22. März. (WZB. Nichtamtlich.)  
Bis vor wenigen Tagen die täglichen Stimmungsbilder der Agence Havas, welche die antiken Kriegsbilder begleiten, von Siegesfreude und völligen Vertrauen in die göttliche Niederwerfung der Deutschen vor Verdun, doch sprich aus den Militärkritiken der Blätter ein ganz anderes Gefühl, nämlich eine ziemliche Nervosität gegenüber den dunklen Plänen der deutschen Seereschiffahrt. Sie fordern teils die Märier auf, nicht zu sehr auf das Eintreten des Nordsees zu vertrauen, wie der „Kaiser“, der es angesichts der deutschen Seefahrt für weiser halte, nicht an das Anhalten der deutschen Offensiv zu glauben, teils ergeben sie die Kritik in zahllosen Fragen nach dem Zustand des Handels zwischen Ruß und neuen Angriffen. Wollen sie uns zwingen, unsere Reserven zu zeigen, oder uns durch eine behäufte Beunruhigung ermitteln? fragt Oberst J. im „Journal“. Im „Welt Journal“ stellt er anonymer Militärkritiker fest, daß die Angriffe auf eine neue Einleitung bedeuten würden, um weitere große Stürme vorzubereiten. Infolge des ständigen Abstoßens, meint der Kritiker, daß es nichts Erstaunliches wäre, wenn die Deutschen anderswo einen schwachen Punkt des Vorgesetzten fänden würden. Jedenfalls sei es sicher, daß die Deutschen gar nicht denken würden, auf Angriffe zu verzichten.

Bern, 22. März. (WZB. Nichtamtlich.)  
In einer Betrachtung der Schlacht von Verdun schreibt General Berthout im „Petit Journal“: Wir dürfen heute nicht schweigen, daß die Deutschen versagt werden. Die vielen trüben Gründe, aus denen sich die Deutschen in dieses Abenteuer gestürzt haben, bestehen noch. Von einer Zusammenhängigkeit der deutschen Hauptanstellungen will Berthout nichts wissen; höchstens könne man angesichts der jüngsten Artillerieaktivität ohne Infanterieangriffe und verschiedener Angriffe überall ohne Verbindung untereinander davon sprechen. Aber blickt, meine ich, daß alles von den Deutschen Unternehmung aus einer folgerichtigen Überlegung hervorgeht. Die Angriffe auf dem linken Moseler haben uns gewonnen, zurückgegeben und ihrer Artillerie Stellen für Längsbeschüsse unserer Positionen des rechten Moselers zu verschaffen. Die Angriffe bei Douaumont waren ebenfalls logisch in der Entwicklung wie die gegen Vaux, welche mögliche Gegenangriffe gegen den Rücken von Douaumont verboteten. Aberall eine natürliche Entwicklung, immer aus denselben Gedanken gänge.

#### Der Erfolg bei Malancourt.

Berlin, 22. März. (W. u. Berl. Büro.)  
Aus dem Hauptquartier meldet Karl Rodner, der bekannte Romankritiker, über unsere Erfolge bei Malancourt dem Berliner Lokal-Anzeiger:

Der große Erfolg, den die bayrischen und württembergischen Truppen am 20. März westlich der Maas in dem Wald von Malancourt und Vaucourt errungen haben, bedeutet eine schwere Bedrohung der französischen Stellung nördlich der Höhe 304. Diese Höhe gilt als erste Erhebung eines sehr wichtigen Gebietes, welches bis Orts Malancourt und Vaucourt umfassen und von drei Seiten von den deutschen Waffen umschlossen ist. Ueber die Schlacht, die am den neuen großen Raum

gewinnen machten, berichtet Karl Rodner dann noch im einzelnen:

Wir griffen nach Artillerievorbereitung am 20. März nachmittags 6 Uhr mit Bayern und Württemberg an und im Verlaufe der bis 10 Uhr abends dauernden Kämpfe konnten wir die drei feindlichen Linien durchstoßen und an uns reißen. Unsere Truppen besetzten sich dann in der dritten französischen Linie. Die im antiken Seeresbericht angegebenen Zahl hat sich inzwischen noch vermehrt. Es sind von Offizieren 88, unter welchen sich ein Brigadeführer mit seinem Stabe befindet, auch eine Reute von etwa 50 Maschinengewehren fiel in unsere Hand. Unsere Verluste blieben sich verhältnismäßig in durchaus angemessenen Grenzen.

#### Kardinal Mercier in Verkehr mit Spionen.

Das Schreiben des Generalgouverneurs in Belgien, Freiherr von Bissing, an den Kardinal Mercier hat, nach einem Telegramm der „Köln. Volkszeitung“ auch in belgischen Kreisen tiefen Eindruck gemacht. Belgier, die demütigt sind, ruhig zu denken und offen zu urteilen, gestehen zu, daß das politische Verhalten des Kirchenfürsten unbedingt tadelnswert war. Vor allem hat ihnen die Briand-Unterredung in der Villa Maubert durchaus nicht gefallen, und so fliegengewiss auch heute noch weite Kreise des Landes sind, die antiken Ansehen als Bundesgenosse bietet ihnen doch zu wenig Gewähr für die Zukunft, von der „Christlichkeit“ dieses Bundes ganz zu schweigen.

In dem Telegramm wird weiter ausgeführt: Bei der Vernehmung des Kardinals handelt es sich selbstverständlich nur um eine Warnung, welche ausschließlich gegen sein politisches Auftreten gerichtet ist. Das kirchliche Leben Belgiens geht ungeändert seinen Gang und wird in ungeänderter Weise weitergehen; indessen dem politischen Auftreten des Kardinals mußte endlich ein Ziel gesetzt werden. Die deutsche Danksagung war groß genug gewesen.

Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die deutsche Verwaltung nicht schon früher dem Kardinal Vorhaltungen gemacht hätte. Im Gegenteil, wer aufmerksam das Schreiben des Generalgouverneurs liest, ersieht daraus, daß das bereits früher geschehen ist — mit welchem Erfolg allerdings, das haben ja die letzten Geschehnisse deutlich bargehen. Wunderselbst ist bisher noch nicht an die breite Öffentlichkeit gedrungen. Die aufhebenden Sittenbriefe und die Verhandlungen mit Briand sind bei weitem nicht einzig dastehende Fälle. Sie lassen sich noch um eine Reihe vermehren. Vielleicht kommt später noch der gegebene Augenblick, näher darauf einzugehen.

Für heute machen wir von folgender und zugänglicher Mitteilung für die Öffentlichkeit Gebrauch: Bei Verhaftung einer Spionagenorganisation wurde festgestellt, daß Kardinal Mercier mit einzelnen Mitgliefern derselben im Verkehr gestanden hat. Diese Organisation hat auf verbottenen Wege Briefe aus dem Ausland, darunter auch Sendungen der belg. Regierung in Le Havre an ihn befördert. Einer der Mitgließer hat ausdrücklich eingestanden, dem Kardinal persönlich vorgestellt worden zu sein und ihm die Organisation des unterirdischen Briefverkehrs erklärt zu haben. Unter den beschlagnahmten Briefen befanden sich auch ein eigenhändig unterschriebenes Schreiben des Kardinalsoffenbarers Gaspard, welches rein religiöse Angelegenheiten betrifft. Derartige Schriftstücke des Kardinals sowie der gesamte Briefwechsel des belgischen Episkopats mit dem heiligen Stuhl konnte selbstverständlich auf einem durchaus ordnungsgemäßen Wege befördert werden. Es ist daher um so weniger begreiflich, wie Kardinal Mercier solche Schriftstücke auf einen so dunklen Weg geraten lassen konnte. Wenn er, wie in dem vorliegenden Falle, nicht Briefe selbst zur Beförderung übergeben hat, so hat er dadurch, daß er sich auf unerlaubten Wege Briefe zustellen ließ, die Hand zu diesen unbedingt unzulässigen Geschäften geboten.

Wie der Secolo mitteilt, machte der Brief des Gouverneurs v. Bissing an den Kardinal Mercier im Vatikan sehr starken Eindruck. Man spricht hier bei dem hohen Charakter des Kardinals, daß er den Forderungen des Gouverneurs offenen Widerstand leisten und daß er dann in Deutschland interniert werde. Das würde aber im Vatikan tiefe Verstimmung schaffen. Innerhalb sei beschlossen, daß die dem Vatikan nahestehenden Blätter, wie Offizieller Romano, ihren Lesern Voricht im Urteil anempfehlen, da man dem Wortlaut des Briefes nicht kenne. Im Zusammenhang damit verzeichnet der Secolo Gerüchte, daß der Papst den Kardinal Mercier dringend zu äußerster Vorsicht gemahnt, andererseits den Kardinal Hortmann in Köln um Vermittlung beim Kaiser zur Vermeidung von strengen Maßnahmen gegen Mercier aufgefordert habe.

#### Die russische Offensive. Der russische Bericht.

Petersburg, 22. März. (WZB.) Amtlicher russischer Bericht.

Westfront: In der Gegend von Düna burg dauern die lebhaften Artilleriekämpfe an. In der Gegend östlich von Tseretich wiesen wir einen feindlichen Gegenangriff auf das Dorf Welikoe Selo ab. In der Gegend östlich von Gubajewski nahmen unsere Truppen eine Linie vorgeschobener Gräben des Feindes bei Zugischki (sechzig Kilometer nordwestlich von Wolokno). Bei der Eroberung des Brückenkopfes bei Michalogo (westlich Uglajsko) erbeuteten wir zwei Kanonen und andere Beute. Die meisten der Verteidiger des Brückenkopfes fielen im Nahkampf.

Saukasfront: In der Rikstengegend gingen unsere Truppen nach Kampf noch einige Werst in westlicher Richtung vor.

#### Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 22. März. (WZB. Nichtamtlich.) Das Hauptquartier meldet: Auf den verschiedenen Fronten erfolgte keine Operation von Bedeutung.

#### Die Kämpfe in Mesopotamien.

##### Die engl. Offiziersverluste.

London, 22. März. (WZB. Nichtamtlich.) Die neue Verlustliste enthält die Namen von 146 Offizieren, darunter 90 vom mesopotamischen Kriegsschauplatz.

#### Der Krieg mit Portugal.

Rotterdam, 22. März. (WZB. Nichtamtlich.) Einem hiesigen Blatte zufolge wird der „Times“ aus Lissabon gemeldet: Heute wurden drei Regierungsbeschlüsse verabschiedet:

Durch den ersten wird der Kriegsminister ermächtigt, alle Jahrgänge, die für die militärische Vorbereitung notwendig erachtet werden, aufzurufen. Durch den zweiten werden alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren, die früher unangeführt erklärt wurden, zu einer nochmaligen Musterung aufgerufen. Drittens wird die Pensionierung aller Offiziere, welche die Altersgrenze nicht erreicht haben, aufgehoben.

#### Der Untergang des Dampfers „Lubantia“.

Haag, 22. März. (WZB. Nichtamtlich.) Der „Nieuwe Courant“ bezieht auf einen möglichst genauen unanfechtbaren Feststellung, der den Untergang der „Lubantia“ betreffenden Tatsachen durch den niederländischen Schiffsahrtsrat. Erst dann werde die holländische Regierung sichere Daten besitzen, die ihr ermöglichen würden, zu handeln. Wie sie vorgehen müsse, darüber werde sie selbst zu entscheiden haben. Aber daß sie sich mit den durch die ober-namens der fremden Regierungen abgegebenen Erklärungen begnügen solle, wünsche niemand, und werde sie selbst auch nicht geneigt sein.

Rotterdam, 22. März. (WZB. Nichtamtlich.) Der Bergungsdampfer „Bodan“, der eine Untersuchung wegen des Unterganges der „Lubantia“ anstellen wollte, ist unverrichteter Dinge nach Rensselaer-Waaiweg zurückgekehrt.

Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Reederland“ läßt ihre Schiffe vorsichtig nicht fahren. Die Gesellschaft teilt mit, daß die Welle des Dampfers „Koningin der Nederlanden“, der am Samstag abfahren sollte, verschoben worden ist.

Amsterdam, 22. März. (WZB. Nichtamtlich.) Wie die Blätter erfahren, beschließt man in Schiffsahrtskreisen, die Schiffe der verschiedenen großen Gesellschaften zusammen im Konvoi fahren zu lassen. Sie sollen die Ueberfahrt von Holland tagelange machen und von einem häufigen Schiffsdampfer mit drahtloser Telegraphie begleitet werden.

In Köln, 22. März. (WZB. Köln. Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Kopenhagen: Im Verfassung neutraler Schiffe schreibt „Extrafollet“, kann man annehmen, daß Deutschland nicht gewillt ist gegen die englische Blockade, die auf das Auslaufen der Bevölkerung zielt, nicht reagiert. Wenn wir uns bei Betrachtung der deutschen U-Bootsarbeiten entschlüsseln müssen, werden wir uns fragen warum geschieht dies? Das dänische Blatt geht bei diesen an sich vernünftigen Arbeiten von der falschen Voraussetzung aus, daß die unterirdischen Schiffe von deutschen Unterseebooten torpediert worden sind.

In Köln, 22. März. (WZB. Köln. Tel.) Aus Amsterdam meldet die „Köln. Ztg.“: Ein besonderer Bericht des Reutersbüros aus London befragt in der „Times“, man neigt in der City der Meinung zu, daß die Lubantia einen ansehnlichen Betrag von in deutschem Besitz befindlichen amerikanischen Werten, die für deutsche Rechnung in New York oder in Südamerika verkauft werden sollen, an Bord hatte. Nun ist es bekannt, daß die englische Marine Befehl erhalten hat, deutsche Werte in deutschem Besitz als Konsumware zu betrachten, wenn sie für diesen Zweck ausgeführt werden. Der einzige Weg für Deutschland, Kredite im Ausland zu erhalten, wäre nur, die Dampfer, womit diese Werte befördert werden, zu versenken.

Man betrachtet diese Auffassung um so mehr als wahrscheinlich, da ein anderer Betrag



für die Verfertigung der Lubontia nicht denkbar ist (für die Lubontia, die gar nicht von deutscher Seite verfertigt worden ist).

### Die Torpedierung des norwegischen Dampfers „Langel“

m. 23. März. (Br.-Tel.) Die „Nöln. Btg.“ meldet aus Christiania: Ein Londoner Sondertelegramm an Tibens Tegn, sowie ein solches des Generalkommandeurs an das norwegische Amt bestätigen die Torpedierung des norwegischen 1565 Tonnen großen Dampfers „Langel“ während er außerhalb von Hamnath vor Anker lag, wobei ein Mann der Besatzung von 16 Mann getötet worden sei. „Langel“ war kriegsversichert für 350 000 Kronen.

### Amerika und Mexiko.

New York, 22. März. (W.P. Nichtamtlich.) Vom Vertreter des Politischen Büros. Das innerwartet schnelle Vorwärt der amerikanischen Expeditionstruppen in Mexiko bei der Verfolgung Villas hat die Frage, ob die amerikanische Regierung die Erlaubnis zur Benutzung der mexikanischen Eisenbahnen für den Verpflegungsnachschub der amerikanischen Truppen erhält, zum vorwiegendsten Juge der Lage in Mexiko gemacht. Amerikanische Kennen des Landes, in das die amerikanischen Truppen jetzt eindringen, versichern, es sei eine gebieterrische Notwendigkeit, daß die Eisenbahnen den Amerikanern für den Nachschub verfügbar werden. Carranza hat aber auf das Ersuchen wegen der Benutzung der Eisenbahnen mit der Bitte um eine vollständige Auskunft, welches denn die genauen Wünsche des Kriegsamtes seien, geantwortet. Diese Auskunft soll erteilt werden.

Washington, 22. März. (W.P. Nichtamtlich.) „Dishon“ meint, daß die Weigerung Carranzas auf das Ersuchen der Unionstaaten die Operationen amerikanischer Truppen erschweren würde, während die Gewährung, wie erklärt wird, von einem erheblichen mexikanischen Vorteil stark mitverstanden und durch Carranzas selbst ausgenutzt würde.

Columbus (New-Mexiko), 22. März. (W.P. Nichtamtlich.) Meldung des Reichsrichters. Infolge Verfalls der drahtlosen Telegraphie und da die Telephonleitungen am 23. Stellen durchschnitten sind, ist eine Verständigung mit den amerikanischen Verfolgern Villas unmöglich. Drei Aeroplans des noch Mexiko gehörenden Fluggesellschafts sind nicht in Cologrande angekommen.

London, 21. März. (W.P. Nichtamtlich.) Die „Times“ meldet aus Washington vom 20. März: Man ist nicht sonderlich optimistisch wegen der mexikanischen Dinge. Die „New York World“ meint, die Lage verursache Sorge; die nächsten zwei Wochen gelten als recht kritisch. Wenn Villa nicht gefangen wird und General Pershing tiefer in das Innere vordringen muß, mißt die Gefahr, daß Villa bei dem Volke Unterstützung findet. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß sich Villa und Carranza gegen die Amerikaner vereinigen.

### Die Kriegslage im Osten.

#### Das Heil der Ukrainer bei Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Armeeoberkommandant Feldmarschall Erzherzog Friedrich hat am 19. März den Präsidenten des

ukrainischen Nationalrates, Reichsratsabgeordneten Petrowi, und den Vizepräsidenten Reichsratsabgeordneten Mikolaj Wasilko, empfangen, welche den Dank des Nationalrates für die fürsorglichen Maßnahmen der Militärverwaltung in den von den Österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten der russischen Ukraine ausdrückten; die Ukrainer in Rußland müßten dadurch zu der Einsicht kommen, daß das Heil und die Zukunft der Ukraine nur in und bei Oesterreich-Ungarn und seiner glorreichen Dynastie liege. Der Erzherzog verwies in seiner Antwort auf den traurigen Zustand, in welchem jene Gebiete von der abgezogenen russischen Armee hinterlassen worden seien und wie großen Schwierigkeiten deshalb ihre wirtschaftliche Rehabilitation begegne. Diese zu überwinden, der unglücklichen Bevölkerung gerecht zu begegnen und ihr auf allen Gebieten die Segnungen einer fürsorglichen Verwaltung noch möglichst gesonnen zu lassen, das sei der Grundgedanke der seine Anordnungen leite. Der Erzherzog fügte diesen auf das ukrainische Okkupationsgebiet in Rußland bezüglichen Bemerkungen noch seine volle Anerkennung für die tapfere und ausgezeichnete Haltung der ukrainischen Soldaten aus Galizien und der Bukowina, sowie für die rühmlichen Leistungen der ukrainischen Legionäre und Guzulen hinzu. — Die Abordnung wurde dann zur ersehnten Freistellung entlassen.

### Die Friedensfrage.

Amsterdam, 22. März. (W.P. Nichtamtlich.) Einem heiligen Blatte zufolge berichtet der Korrespondent der „Times“ aus New York, daß das Staatsdepartement entschieden in Abrede stellt, daß die deutsche Regierung in den letzten Tagen um eine Intervention der Regierung der Vereinigten Staaten ersucht hat. Ferner stellt das Staatsdepartement die Möglichkeit der Erklärung in Abrede, daß der Reichsfinanzminister den amerikanischen Botschafter in Berlin ersucht habe, seinen Verlaß aufzuschieben, um bei der Vorbereitung der Friedens-Verhandlungen anwesend sein zu können.

### Der erste Tag der Staatsberatung

(Von unserem Redakteur Wiro.)

□ Berlin, 23. März.

Auf den Todten war gestern, wenigstens zu Beginn der Sitzung, kein Platz mehr zu haben. Das machte, weil man gestern politische Auseinandersetzungen großen Stils erwartete. Aber der Verlauf der Sitzung rechtfertigte diese Erwartungen nicht. Die eigentlich hochpolitische Erörterung wurde nämlich schon vorher im Hause der Reichstagen und in den Fraktionen gepflogen. Nachdem man aber dort, wie bereits mitgeteilt, sich geeinigt hatte, die sogenannten U-Boot-Anträge und die Frage des Kriegsgewinnsteuern einseitig dem Ausschuss zu überantworten, war es entschieden, daß die Debatte zunächst sonderlich erregende Momente nicht bringen würde. Herr Liebknecht, der durch aus Unverantwortliche, war versucht es zu Anfang unter dem Vorbehalt, daß er zur Geschäftsordnung reden wolle, mit ein wenig Ränne, aber den nimmt man nachgerade wie ein unvermeidliches Übel, fesselt sich und halb schlafend hin.

So werden wir also in dieser Woche vorwiegend gleichmäßige Tage erleben, werden vom Etat reden hören und von den neuen

Steuervorschlägen und vorwiegend auch da nicht einmal das letzte Wort. Denn es ist nun einmal nicht anders, der erste große Schritt des Steuerjähres und Steuerbeschlusses ist, daß die Sachen hart im Klamm sich zu stellen beginnen, verhandelt. Man ist noch nicht so weit, sich entschließen, den Reichstag zu geben was das Reich verlangt; aber über das Wie gehen die Meinungen doch erheblich auseinander. Und man kann, ohne ein Prophet zu sein, schon heute voraussagen, daß die Steuern, die man schließlich bewilligen wird, im einzelnen andres ausfallen werden als das Diktat, das Herr Helfferich dem Reichstage überreicht hatte.

Wir müssen offen bekennen, wir freuen uns dieser gleichmütigen und ruhigen Tage. Und wir beglückwünschen Senatoren und Haus zu dem so geschundenen Winter. Es kann ja gar kein Zweifel darüber sein, daß ernste und verständliche Sorgen die Anträge zum U-Boot gehören haben. Und daß, um die Ursachen zu bannen und alle Befürchtungen zu verschwinden, es sich empfehlen könnte, vor einem größeren Gremium, als das bisher geschah, das Jahr und Wider noch einmal gegeneinander abzuwägen. Aber die Vollversammlung des Reichstages ist dieses Gremium nicht. Man kann einfach das Militär- und Marineamt und das Politisch-Diplomatische, das hier fast untrennbar durcheinander liegt, nicht von aller Welt abheben. Am allerwenigsten kann dies die Regierung, sie darf ihre letzten Bemerkungen nicht auf offener Markte ausbreiten. Und deshalb ist es, wie die Dinge liegen, das Gebotene, daß man die Aussprache dahin verschiebt, wo beide Teile gleich frei von der Leber weg reden können, in den Hauptkammern, den man diesmal, wie hoffen es, mit ganz besonderen Garantien für die Verantwortlichkeit versehen wird.

Gestern ist unter solchen Umständen fast ausschließlich von den neuen Steuern gesprochen worden. Zwei von den Rednern des Hauses haben zu Eingang mit bewegtem Dank des aus seinem Amte geschiedenen Schöpfers unserer Marine gedacht und wir nehmen an, daß auch die Sprecher der anderen bürgerlichen Parteien ein Gleiches tun werden. Dann aber haben sie, genau so wie zuvor der Vertreter der Sozialdemokratie, sich den Helfferichschen Vorschlägen zugewandt. Dabei stellte sich — und das darf man immerhin als Geheimnis buchen — eine Gemeinsamkeit heraus: alle drei, der sozialdemokratische Herr Reil wie hernach Herr Spahn und Herr von Payer bejahten im Prinzip das Gebotene, dem Reich schon jetzt die neuen Einkünfte zu sichern. In der Theorie ging die Einmütigkeit sogar noch ein beträchtlich Stück weiter: Der Sozialdemokrat sowie der Zentrum- und der Fortschrittswahl, betonten als eine Pflicht und ein Gebot der Steuer-moral die Rohstofffrage, der allen anderen Quellen den Besitz heranzuziehen. Und selbst Herr Reil schenkte sich leicht und halb bescheiden zuzugeben, daß man die Möglichkeit zur Kapitalbildung nicht einfach wegstreuen könne. Damit freilich war das Gebiet der Gemeinsamkeit so ziemlich erschöpft und von nun an sang jeder sein eigenes Lied. Der Besitz muß die Lasten tragen, meinte der sozialdemokratische Redner und verlangte eine Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer mit besonderer Berücksichtigung der Aktiengesellschaften, eine Erbschaftsteuer mit konfiskatorischen Sägen und kritisierte im übrigen die Verbrauchs- und Verbrauchsteuern in Grund und Boden.

Herr Spahn blieb der alten Zentrumslösung bei, bei ersten Lehren sich nach Möglichkeit nicht zu „vinculieren“. Er hielt etwas wie eine theoretische Vorlesung über das Verhältnis von Reichs-, Staats- und Kommunalsteuern und nur als er die Unabwiesbarkeit unterließ, daß die neuen Steuern mit überwiegender Mehrheit bewilligt werden müßten,

erhielt dieses finanzwissenschaftliche Kolleg einen aktuellen politischen Zug.

Herr von Payer wieder ging mehr ins Einzelne. Von vornherein gilt ihm als ausgemacht, daß ohne wesentliche Veränderungen die Steuern nicht den Ausschlag verlassen würden. Auch er wußte bei den Sägen der Kriegsgewinnsteuer eine Verschärfung und die Verbrauchs- und Verbrauchsteuern gefallen ihm ganz und gar nicht. Er rief nach der Verschärfung und findet, daß die verabschiedeten Regierungen die Aufgabe des Steuerfindens sich gar zu leicht gemacht hätten und vertritt sich dann in ersten Sägen über die Rohstofffrage, die Steuern möglichst schnell zu erledigen, hier wieder an manchen rührend, was bei seinem Einführungs-vortrag schon Herr Helfferich hatte anklagen lassen, über die anderen für die Zeit nach dem Kriege schon jetzt auch finanzpolitisch vorzubauen.

Am Schluß nimmt dann noch Herr Helfferich das Wort. Seine Rede mündet in die Bitte auch, das Haus möge ihm die Sache nicht zu schwer machen. Erste und folgende Arbeit hätten in Wahrheit die verabschiedeten Regierungen an die Vordränge gewandt und sich ethisch genügt, die Lasten für die Schwachen, die ohnehin Verdrängten, die Arbeiter, nach Kräften zu mindern.

Damit ist der erste Tag der Staats- und Steuerberatung zu Ende. Den zweiten soll heute für die Nationalkassen der Abg. Stresemann einleiten.

Berlin, 23. März. (Br.-Tel.) Drei der größten Detailhändler der Berliner Kaufmannschaft hatten gestern ihre Mitglieder zu einer Besprechung eingeladen, um zu den neuen Steuergeheimnissen Stellung zu nehmen. Die Verbände sprachen sich laut „Volk-Anzeiger“ grundsätzlich gegen den Entwurf der Umwälzungsteuer aus. Dem Vorstände der Verbände soll es überlassen werden, die weiteren Maßnahmen zu ergreifen.

### Die Kriegsanträge im Reichstag

□ Berlin, 23. März. (Von u. Berl. Bur.) Der „Volk-Anzeiger“ schreibt zu den gestrigen Beschlüssen des Senatorenkonvents in einem offenbar inspirierten Artikel: Es liegt uns fern, den Antragstellern im Reichstage Motive unterzuschreiben. Da sie unter Hinweis auf die Vergangenheit ihrer Parteien, auf ihr innerstes Wesen und die in guten wie in bösen Tagen glänzend bewährte Zuverlässigkeit ihres nationalen Selbstbewusstseins mit Recht annehmen, daß sie es, auf die es jetzt in erster Reihe ankommt und die sie bis zum gestrigen Tage, wie es scheint, nicht genügend vorausgesehen haben. Sie werden selber stutzig geworden sein, als sie vernahmen, daß jetzt schon in öffentlichen Reden die Werbetrommel für ihre Zwecke ertönt wird. Das sind Methoden, die kein besonnenen Mann in Deutschland gutheißt wird. Deshalb begrüßen wir den gestrigen Beschluß im Senatorenkonvent als den Beginn einer unbedingt notwendigen Ein- und Umkehr mit Genugtuung. Bei beiderseitigen guten Willen wird die muntere zu erwerbende Ausdrucks geistigen Regierung und Volkervertretung umso sicherer zu einer Verständigung führen, je bestimmter sie von unehrlichen Einmischungen freigegeben werden kann.

Die „Steuergesetze“ aber fast von der Vertagung der U-Bootverhandlungen: Die Zustimmung der Konferenz ist zu dieser Vertagung ist nicht etwa als ein Verzicht aufzunehmen, sondern bedeutet nur, daß die

### Kunst und Ethik im Kriege.

Von Kurt Engelbrecht.

Unsere Kunst, soweit sie für eine künstlerische Kultur der Gegenwart in Betracht kommen wollte, ging fast ausnahmslos mit dem Vorurteil in das Leben dieses Krieges hinein, daß Kunst und Ethik nichts miteinander zu tun hätten. Ein Vorurteil war es schon darum, weil bei so scharfer Fassung dieser Meinung ganz weite Gebiete aus dem Bereich künstlerisch-kultureller Wirklichkeit ausgeschlossen erschienen mußten, die sonst einen breiten, so womöglich bevorzugten Raum in der Kunstgeschichte eingenommen hätten. Das Urteil der Jahrhunderte kann wohl umgewandelt, kann erweitert oder eingeschränkt werden; wenn es aber durch ein mindestens beständiges Gegenwärtigkeit völlig umgestürzt werden soll, so haben wir das Recht, stutzig zu werden und anzunehmen, daß hier doch wohl ein Vorurteil walten müsse. Wir haben das Recht dazu solange, bis uns die Erklärung einwandfrei das Gegenteil erweist.

Das Gebot der Gegenwart hat nun neue, höher kann bedachte Beziehungen zwischen Kunst und Ethik im allgemeinen, zwischen Kunst und Ethik im besonderen aufgeweckt, die in uns den Kunst lebendig werden lassen, es müßte diese ethische Richtung dem deutschen Volksthum als wieder verloren gehen, ja, die uns ablenken lassen, daß hier vielleicht ein ungeschätzbares Gut verloren ist, welches die Überwindung zu finden ist.

Ein Gedanke besonders ist es, dessen hohe ethische Kraft unsere Gegenwart so unmittelbar

und so stark erfüllt hat, wie das nur wenig Zeiten in der Vergangenheit vergangen war. Ich meine den Gedanken des Opfers. Ein rein ethisches Moment liegt ihm zu Grunde. Das Opfer ist ein stillendes Handeln in höchster und edelster Form. Es veranschaulicht die Entäußerung des Selbst zum Wohle einer dem eigenen Nutzen gänzlich entzogenen Sache. Es ist, wenn man es so sagen will, höchste Sachlichkeit.

Muß unsere Kultur aus diesem Gedanken, so bald er Leben gewonnen ist, nicht die fruchtbarsten Antriebe zu edler geistiger Fortentwicklung schöpfen? Kulturarbeit ist wohl Sache der Persönlichkeit, deren Bedeutung und Wertung darum nicht im mindesten beeinträchtigt werden soll, Kultur selber aber ist immer Sache der geistigen Gemeinschaft vieler, die unter einem beherzigenden Gesichtspunkte denken und arbeiten. Höchste Kulturleistungen werden nur deshalb regelmäßig da finden, wo bei freier Ausbildung der einzelnen Persönlichkeit sich doch jeder in seinem Schaffen nicht sein eigenes enges Sonderziel setzt, sondern sich mit Drangabe anderer Persönlichkeiten in der großen leidenden Gedanken einer einheitlichen Überwindung der Gesamtkultur stellt.

Wenn das nicht einleuchten möchte, weil es ihm zu unbedeutend war, dem ist die Kraft des Opfergedankens, der in der inneren nationalen Einigung seine höchste Frucht trägt, zum Lehrmeister geworden. Die Kultur ist damit vor Entartungen, vor Regungen und Rückschlägen geschützt, wenigstens so lange sie in Sachlichkeit und Gleichmut dem einen ihrem Zweck und Leben aufopfernden Ziele zugeführt wird. Sie wird nicht mehr so leicht mit Rücksicht ver-

wandelt und in unwürdige Bahnen geleitet werden, solange die verpflichtende, läuternde Kraft des hohen Gedankens seiner Sachlichkeit wirksamen Einfluß auf ihre Entwicklung behält. Und ebenso wenig wird sie für eine zunehmende Entfremdung verantwortlich gemacht werden können, schon weil dann niemand das Vorhandensein edlerer verpflichtender Kräfte in der Kultur wird leugnen können.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Kunst in ihren Wechselbeziehungen zur Ethik. Wir hatten eine Kunst der tausend Verfallsstufen, aber wir hatten keine künstlerische Kultur; denn es fehlte an der inneren Einheit, es fehlte an dem Wesen vom Ziel und Zweck der Kunst, es mangelte die Fähigkeit der Selbsthingabe, mit einem Wort: Das Ethische war völlig ausgefallen.

Ist es auch hier der Opfergedanke, der ein Neues in unser künstlerisches Bewußtsein hineingetragen hat? Ist Kunst nicht am Ende persönlichste Empfindungsäußerung? Was hat sie dann mit Sachlichkeit, mit Selbsthingabe und einem übergeordneten Zweckes willen zu schaffen? Ist nicht Kunst doch nur um der Kunst willen da?

Man hat sich hier vielfach bemüht, die einzelne Kunstleistung und ihre Voraussetzungen an Stelle der Kunst als einem Gebiete der geistigen Gesamtkultur anzusetzen. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Die einzelne Kunstleistung fordert, wenn sie irgend gültig und wirksam sein soll, Persönlichkeit in allererster Linie. Aus allgemeiner Regeln, aus bekannten, aber nicht persönlich erlebten Stimmungen kann niemals eine echte Kunstleistung hervorgehen. So wird es auch gerade nur aus sich selbst und durch sich

selbst wirken können. Etwas Selbstliches im Sinne besondere Richtung fordernden Persönlichkeitslebens wird jedes Künstlerwerk zeigen. Es liegt an sich tatsächlich jener hohen Sachlichkeit frei gegenüber. Nicht jedoch der Schaffende selber, der eben durch seine im Leben wurzelnde Persönlichkeit an ethische Forderungen gebunden bleibt.

Der Opfergedanke mit seinem Motiv der Selbsthingabe sollte gerade dem Künstler recht vertraut sein. Er gibt ohne den Gedanken an Leben, oft in härtesten Lebenskämpfen, sein Bestes und Bestes um der Sache der Kunst willen. Wo er sich im Selbst andrer seinen Lohn erhofft, d. h. nicht einmal im künftigen Erlöse, sondern nur in der Zustimmung und dem Verständnis — einen recht unethischen, recht idealistischen Lohn — da wird er ziemlich bitter enttäuscht. Es bleibt ihm zu eigener Erhebung und Ermüdung nur das Bewußtsein, rein und unbeeinträchtigt seinem künstlerischen Gewissen gefolgt zu sein.

Wie läßt sich aber eine Quasikunst der Öffentlichkeit im künstlerischen Schaffen denken ohne die gleiche Quasikunst in Gestaltung und Weltanschauung? Das Wissen davon, daß er mit der Kunst zugleich auch der Kultur und ihrem Fortschreiten dient, muß dem Künstler, wenn sein künstlerisches Gewissen lauter bleiben soll, bereit machen, alles Benennende und Gefährdende, dem er als künstlerischer Name vielleicht gern nachgeben würde, von seinem Schaffen fern zu halten. Ich kann mir nicht denken, daß ein Künstler einer technisch noch so wohlgeordneten Kunstschöpfung banale Befriedigung gewinnen könnte, wenn er sich gegen mitleid, daß es für







# Beratung des städtischen Voranschlags für 1916

am Mittwoch, den 22. März 1916.

## Zweiter Tag Damit wird in die Spezialdebatte des Voranschlags eingetreten.

Stv. Frig (Fortf.) begründet seinen Antrag, bei den Ausgaben für landwirtschaftliche Grundstücke für Baupflichtungen statt 600 Mk. nunmehr 2000 Mk. einzusetzen. Eine rationellere Bewirtschaftung müsse Platz greifen, man solle Herrn Inspektor Blasser-Weidberg als Sachverständigen zu Rate ziehen. Mit erhöhtem Obstbau erziele man eine Erhöhung des Grundstückswertes und Verbilligung des Obstgenusses.

Stv. Rühm bemängelt das Fehlen von Juchtweg, Sieren und Eber, im Stadteil Reudensheim. Man solle nicht am falschen Platz sparen.

Stv. Bögle (Fortf.) fragt an, ob die Stadt eigene Milchfässer eingekauft hat, was von Bürgermeister Dr. Finterer bejaht wird. Es seien durchweg tragfähige Fässer eingekauft worden, nun habe man 11 Fässer und gewinne täglich 100 Liter Milch. Gerne würde im Einstellen von Fässern fortgesetzt werden, aber die Preise seien jetzt überaus hoch und es würde an weiteren geeigneten Räumen fehlen. Es sei dringend nötig, gute preiswerte Milch zu beschaffen.

Direktor Kress bemerkt, daß nicht mangelnde Sparanstrengungen, sondern die Grenzsperrung daran schuld sei, wenn es an Ruchtieren fehle.

Stv. Haupt (Fortf.) fragt über die Schwermereien bei der Beschaffung von Futtermitteln, die eingetrennt seien, seit der Kommunalverband die Versorgung mit Futtermitteln in die Hand genommen habe. Man solle beim Bau von Gartenschächten darauf bedacht sein, daß sie auch die Viehhaltung ernähren. Im weiteren schließt er den Schaden der durch das Taubentum verbotener eingetrennter Fässer ab und bemerkt, daß die Stadtverwaltung beim Generalkommando vorstellig werden, um eine Aufhebung des Verbots zu erwirken.

Bürgermeister Dr. Finterer bemerkt, er werde die Briefkastenangelegenheit verfolgen. Wegen der Einsetzung einer Kommission zur Beratung der Kleinrentenübertragung habe er nichts einzuwenden. Die Stadtkommission hat bereits 48 Schmelze eingekauft, wie er ergänzend nachtragen möchte. Die Stadt werde einen Teil der Futtermittelbeschaffung übernehmen.

Stv. Levi (Sog.) ist der Ansicht, daß die Spezialkommission in dieser Weise nicht weitergeführt werden könne. Die Fraktionsvorstände hätten beschlossen, von einer Spezialkommission abzusehen und nur die Lebensmittelversorgung eigenhändig zu beschaffen.

Stv. Frig (Fortf.) ist der gegenseitigen Ansicht. Es müsse Gelegenheit gegeben werden, in aller Kürze einige Hinweise vorzutragen.

Stv. R. Pfeiffer stellt sich auf den Standpunkt des Stv. Levi.

Stv. R. Röll (R.) schließt sich dem Vorredner an.

Oberrürgermeister Dr. Ruper stellt fest, daß in der Besprechung der Fraktionsvorstände beschlossen worden sei, von der Erörterung minderwichtiger Dinge in der Spezialdebatte abzusehen.

Stv. König (Rat.) bemerkt, die Fraktionsvorstände seien darüber einig gewesen, daß in der Spezialkommission nur das allerwichtigste behandelt werden solle.

Stv. Haupt stellt fest, daß Stv. Rühm schon vor ihm eine Frage behandelt habe, die nicht zu der Angelegenheit gehöre, die besprochen werden dürfe.

Stv. Speidel (Rat.) wünscht Verneuerung der Feldhut, damit das private und städtische Eigentum besser vor Dieben geschützt werden könne. Er bittet, die Feldhut zu verneuern und dafür Sorge zu tragen, daß das Obel nicht unrentabel abgemacht wird.

Der Antrag des Herrn Stv. Frig wird dadurch erledigt, daß der Differenzbetrag von 600 Mk. auf 2000 Mk. auf unvorhergesehene Ausgaben abgenommen wird.

In IV. Vortrag und Kosten der Gemeindegelände regt Stv. Levi (Sog.) an, die Versteigerung der Feldhüter im Krieg zu unterlassen.

Darauf erwidert Herr Oberrürgermeister Dr. Ruper, daß bei Wiedern, die von Kriegsteilnehmern oder deren Familien eingelegt werden, die Versteigerung auf Antrag hinausgeschoben wird, eine allgemeine Unterlassung der Versteigerung könne man nicht eintreten lassen.

In V. Vortrag der städtischen Werke etc. nimmt der Vorredner Bezug auf die gestern erfolgte Anlegung des Stv. Levi, beim Elektrizitätswerk in Elmshausen 200.000 Mk. mehr einzusetzen (um sie bei der Strombahn vermindern zu können). Die Monate Januar und Februar hätten wohl keine Elektrizitätswerke eine günstige Bewegung gezeigt, aber es wäre höchstens eine Verbesserung von 70.000 Mk. zu erwarten und diese Summe solle man als evtl. Reserve beifügen.

Stv. Mayer-Dinkel (Rat.) fragt an, ob es nicht möglich ist, gleichzeitig mit dem Haushaltungplan die Ergebnisse der Rechenrechnungen bekannt zu geben.

O. R. Dr. Ruper erwidert, daß es auch für die Folge nicht möglich sei, die Ergebnisse der Rechnungen des vergangenen Jahres zusammen mit dem Etat herauszugeben, da man bestrebt wäre, den Haushaltsplan künftig noch früher herauszugeben.

Bei Titel VI „Öffentliche Abgabe“ liegt ein Antrag der Fraktionsvorstände auf Einstellung eines Subventionsbetrags vor.

Oberrürgermeister Dr. Ruper bemerkt, der Stadtrat werde die Angelegenheit behandeln. Stv. R. Röll (R.) zieht nach der Erklärung des Oberrürgermeisters den Antrag seiner Fraktion zurück.

Bei Titel VII „Verschiedene (zufällige) Einnahmen und Ausgaben“ stellt

Oberrürgermeister Dr. Ruper fest, daß die Einstellung von 200.000 Mk. Mehreinnahmen der Strombahn ein Gesetz nicht verleihe. Daß die Lärme erhöht werden müßten, darüber sei man sich wohl einig. Nur über das „Wie“ gingen die Meinungen noch auseinander. Die Höhe der Summe solle niemand binden hinsichtlich der Lösung der Frage.

Stv. Levi (Sog.) stellt dabei, daß die Einstellung der 200.000 Mk. budgetmäßig unzulässig sei. Eine derartige Einstellung müsse einen Beschluß des Bürgerausschusses voraussetzen. Er beantrage Streichung des Betrages.

Stv. Frig (Fortf.) glaubt nicht, daß durch die Einstellung des Betrages das Gesetz verletzt ist. Er erkläre aber ausdrücklich, daß sich seine Fraktion in keiner Weise für eine solche Einstellung ausgesprochen habe.

Der Antrag, die 200.000 Mk. zu streichen, wird mit 33 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Auf Vorschlag des Oberrürgermeisters wird beschlossen, erst den ganzen Etat zu erledigen und die Lebensmittelfrage zum Schluss zu behandeln.

Stv. Strobel (Sog.) fragt an, wie weit die Arbeiter zur Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises gebunden seien. Die Mannheimer Arbeitsnachweise sei ungenügend, daß die Wiedereröffnung des industriellen Arbeitsnachweises nicht hinausgeschoben wurde, und lege Protest dagegen ein, daß man auf eine reichsrechtliche Regelung warte und den jetzigen unvollkommen Zustand befinde.

Stv. Röll (Rat.) bemerkt, daß die Wiedereröffnung des Arbeitsnachweises der Industrie eine Notwendigkeit gewesen sei, weil der städtische Arbeitsnachweis verlagert habe. Nur ein ganz geregelter Nachweis könne erfolgreich wirken, und der industrielle Nachweis entspreche dem Bedürfnis.

Bürgermeister v. Hollander verneint sich dagegen, daß der städtische Arbeitsnachweis verlagert sei. Ein partieller Arbeitsnachweis könne nicht so arbeiten, wie ein Arbeitsgeber- oder Arbeitsnehmerarbeitsnachweis. Der industrielle Arbeitsnachweis könne die Arbeiter auch nicht beschaffen. (Sehr richtig! Rühm). Mängel, die zu Tage treten, würden beim städtischen Arbeitsnachweis beseitigt.

Stv. Kemmle (Sog.) bemerkt, der gegen den städtischen Arbeitsnachweis gerichtete Vorwurf müsse mit aller Gerechtigkeit zurückgewiesen werden. Für die Wiedereröffnung des Arbeitsnachweises der Industrie sei nicht die Frage der Arbeitsbeschaffung maßgebend gewesen, sondern man wolle nur wieder die Kontrolle über die Arbeiter in die Hand bekommen. Wenn man die alten Zustände wieder einführen wolle, dann würde es zweifellos im Frieden zu schweren Kämpfen kommen.

Stv. Geil (Sog.) findet es sonderbar, daß der Arbeitsnachweis der Industrie in dem Augenblick wieder aufgemacht wurde, als in Berlin ein Kongress der Arbeiter tagte, der sich mit der Frage des partiellen Arbeitsnachweises beschäftigte. Der Industriearbeitsnachweis habe seinen Arbeitsnehmer die Verpflichtung auferlegt, sich Arbeit nur durch ihn vermitteln zu lassen.

Stv. Röll (Rat.) hat mit seinen Ausführungen nur sagen wollen, daß der städtische Arbeitsnachweis die Anforderungen der Industrie nicht genügt habe. Der Industriearbeitsnachweis sei in der Lage gewesen, auch Arbeiter von auswärts heranzuziehen. Nur als eine Notlage der Industrie hätte sie sich gezwungen gesehen zur Wiedereröffnung des Arbeitsnachweises.

Stv. Schlier (R.) schließt sich den Ausführungen des Stv. Strobel und Stv. Kemmle an. Nebenher ist der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, den Arbeitsnachweis der Industrie im Interesse des Friedens nicht mehr ins Leben zu rufen.

Stv. Spielmeier (Rat.): Wenn gesagt worden sei, daß die Industrie nichts dazu gelernt habe, müsse er sagen, daß er sich f. J. über den Beschluß des gemeinsamen Arbeitsnachweises freimache. Leider sei das städtische Arbeitsamt durch aus nicht in der Lage gewesen, den Anforderungen der Industrie zu genügen, es sei dort viel zu bürokratisch verfahren worden. Nur notwendige seien die Wiedereröffnung erfolgt, und im Frieden wäre er gerne bereit, wieder zusammenzugehen.

Bürgermeister v. Hollander wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners. Die Beamten könnten wohl nicht ungeeignet gewesen sein, da sie das städtische Arbeitsamt ja von dem Industriearbeitsnachweis übernommen habe. Die Industrie habe auch nur dann tätige Arbeiter bekommen, wenn sie solche von dem Generalarbeitsnachweis freibekommen habe.

Stv. Kemmle (Sog.) ist der Ansicht, daß die Ausführungen des Stv. Spielmeier durch die Mitteilungen des Bürgermeisters v. Hollander widerlegt seien. Die Industrie hätte ihre Mitglieder dem städtischen Arbeitsnachweis gegenüber genau so zu verhalten, wie beim Industriearbeitsnachweis. Nebenher ist der Ansicht, daß zwar viele unter Umwandlung des städtischen Arbeitsnachweises durch Meister eingestellt worden.

Stv. Haupt (Fortf.) fordert Stv. Röll zu einer öffentlichen Erklärung dahin auf, daß er für den städtischen Arbeitsnachweis ist.

Oberrürgermeister Dr. Ruper stellt fest, daß ein Mitglied des Kollegiums zu einer der

artigen öffentlichen Erklärung nicht verpflichtet werden kann.

Stv. Röll (Rat.) bleibt entgegen den Ausführungen des Stv. Kemmle darauf bestehen, daß allein die Tatsachenzahlen beweisen, daß der städtische Arbeitsnachweis für die Bedürfnisse der Industrie nicht genügend fornen kann. Trotzdem er vom Vorhandensein von der vom Stv. Haupt gewünschten Erklärung entbunden sei, möchte er doch eine solche abgeben und betonen, daß er, wenn ein städtisches Arbeitsamt geschaffen werde, das in der Lage sei, das zu leisten, was der Arbeitsnachweis der Industrie leiste, für seine Partei nichts gegen einen partiellen Arbeitsnachweis einzuwenden habe. Von guten Willen fehle es keineswegs. Bis jetzt aber existiere kein städtisches Arbeitsamt, das das leiste, was die Industrie verlangen müsse. Man habe den Arbeitsnachweis der Industrie lediglich aus praktischen Gründen wieder ins Leben gerufen. Wenn das Gleiche mit städtischen Mitteln geleistet werde, sei man sehr zufrieden. Bis jetzt sei aber der Nachweis nicht erbracht. Er fürchte, es werde schwer sein, weil die Voraussetzungen fehlen. (Mittels Rühm.)

Stv. Röll (Sog.) steht auf dem Standpunkt, daß das städtische Arbeitsamt wohl in der Lage sei, das Gleiche zu leisten, wie der industrielle Nachweis.

O. R. Dr. Ruper hofft, daß ein Zusammenkommen doch möglich ist und bittet um Kenntnisgabe der Einrichtungen, die dem städtischen Arbeitsamt angeblich fehlen.

In Punkt XVII Förderung von Kunst und Wissenschaft gibt der Vorredner nochmals den Antrag des Rühms bekannt, der dahingehend, daß für den Gemeindevorstand nur 20.000 Mk. bewilligt werden.

Rühm (Fortf.) begründet seinen Antrag des Stv. R. Röll (Sog.) führt O. R. Dr. Ruper zu dieser Angelegenheit aus, daß die Förderung der Kunst ein Stolz für Mannheim sei, und daß er die Befürchtung habe, wenn einmal 20.000 Mk. für Gemeindevorstand eingelegt würden, man würde von diesem Betrage nicht mehr abgeben.

Stv. Stern (Rat.) weist darauf hin, daß bei Einstellung des Betrages von 50.000 Mk. bereits auf die Kriegszeit Rücksicht genommen worden sei und daß dieser Betrag in der Hauptsache für den Ankauf großer Werke bestimmt wäre. Eine Kürzung des Betrages bedeute eine Vernachlässigung der Bestrebungen der Kunst.

Stv. R. Benninger (Rat.) äußert sich als Mitglied der Kunstkommission zu dieser Angelegenheit in dem Sinne, daß die für das Jahr eingelegten 50.000 Mk. nicht ausgereicht hätten. Man dürfe aber erwarten, daß niemals ein Werk deshalb angekauft werde, weil das Geld dazu eben da ist.

Der Antrag wurde darauf abgelehnt.

Bei Titel „Wohlfahrtspflege“ wünscht

Stv. Röll (Sog.) die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

Bürgermeister v. Hollander bemerkt, jetzt habe die Arbeitslosenunterstützung gar keine Rolle. Im Januar habe man seinen Plan dafür ausgearbeitet. Nebenher glaubt, daß die in den Voranschlag eingelegte Summe von 10.000 reichen wird, selbst wenn die Sätze erhöht werden.

Stv. Schlier (R.) schließt sich dem Stv. Röll an.

Oberrürgermeister Dr. Ruper bemerkt, im Bedarfsfalle könne man die nötigen Mittel bei der Titel „Unvorhergesehenes“ eingestellt. Summe von 100.000 Mk. entnehmen.

Bei Titel XXV „Besondere Maßnahmen der Gesundheitspflege“ bemerkt

Oberrürgermeister Dr. Ruper, daß der Stadtrat bei der Beschaffung der Mülleimergebühren bei leerstehenden Wohnungen beschließen habe, eine Karenzzeit von 3 Monaten zur Annahme zuzulassen und für diese Zeit die Gebühren zurückzusetzen.

Stv. Bögle (Fortf.) erklärt, der abwesende Antragsteller Dr. Weinert werde sich sicher mit dieser Regelung einverstanden erklären.

## Die Besprechung der städtischen Lebensmittelversorgung.

Damit ist der Voranschlag erledigt und es wird zurückgegriffen auf Punkt VII. Beschlussempfehlung.

Stv. Strobel (Sog.) wendet sich gegen die hallofen Gerüchte, die in der Stadt zirkulieren. Man müsse auf den Gedanken kommen, daß die Ausbreitung der Gerüchte in Kreisen von interessierten Gegnern der städtischen Lebensmittelversorgung zu suchen seien. Im Wiederholungsfall solle man derartigen Gerüchten rascher entgegenzutreten. Nebenher wendet sich dann der Lebensmittelversorgung selbst zu und weist ihn auf die Vorschläge, die die Generalkommission der Gewerkschaften gleich nach Kriegsausbruch gemacht hätte und die heute nicht Anklang finden würden als in jener Zeit. Wir sind überzeugt, daß wir durchhalten werden, aber es muß unbedingt eine gewisse Verteilung der Rohstoffe erreicht werden. Um den Mißbrauch mit vorzubeugen, waren zu vermeiden, geht es ohne Zwangsmaßnahmen nicht ab. Die Zwangsmaßnahmen waren notwendig, weil man nur das Interesse der Produzenten, nicht aber der Konsumenten im Auge hatte, was zu Gegenständen zwischen Stadt und Land geführt hat. Wir haben in den Städten Warenknappheit und unerwünschte hohe Preise und man muß nur die Gebühre des Publikums diesen Tatsachen gegenüber bewahren. Die städtischen Instan-

zen sollten durch die Stadt informiert werden, um eine Besserung zu erzielen. Eine weitere Besprechung der Verteilung von Lebensmitteln ist die geeignete Warenbeschaffung, durch Beschaffung und Entleerung aller Lebensmittel und dann die Unterlassung des Veranlassens der Höchstpreise. Auf die Mängel innerhalb der städtischen Lebensmittelversorgung selbst eingehend, bezieht sich Rühm zunächst auf die Frage der Rohstoffverteilung und wünscht eine Vertiefung der Maßnahmen. Der Fraktionsvorstand solle die Arbeit ausrichten werden, die städtischen nicht gegenüber Lebensmittelbeschaffung zurücktreten zu lassen.

Die Erhöhung des Brotpreises von 2 Pfg. pro Maß hätte vermieden werden sollen und auch können, wenn der Mehlmischungsandel ausgetauscht worden wäre. Es wird gesagt, daß viele Minderbemittelte Auslandsbutter erhalten haben, und daß einzelne Geschäfte für Auslandsbutter Auslandsbutterpreise zahlen lassen. Man sollte den Verkauf von Auslandsbutter von dem der Auslandsbutter trennen, und zwar dergestalt, daß man ausschließlich den städtischen Läden den Verkauf der Auslandsbutter überträgt. Um dem Getreidemangel zu steuern, ist es notwendig, ähnlich den Butterkarten auch Getreidekarten einzuführen und für Speiseöl gilt dasselbe. Ein Schmelzengeld der Lebensmittelversorgung ist die Kartoffelbeschaffung. Daß die Kartoffelkarton gerade in Mannheim so stark auftritt, scheint auf Organisationsfehlern zu beruhen. Die in der letzten Beschlussempfehlung des Lebensmittelamts getroffene Regelung ist ungenügend. Es muß um eine Nachprüfung erachtet werden, und man sollte die Rationen von 1 1/2 Pfund pro Kopf und Tag beibehalten bis zur neuen Kartoffelernte.

Anschließend erregte die Preispolitik zwischen Mannheim und Ludwigshafen und es ist dringend zu wünschen, daß eine Verständigung bei Preisfestlegungen zwischen den Städten der Industriegebiete eintrete. Vorwürfe sind aber auch einem Teil der Konsumenten nicht zu erheben, die unvorsichtige Einkaufen auf Zucker, Kaffee, Fett und sogar Brot machten. Wir haben es nicht nötig, Angst zu bekommen. Man soll gegen die „Damen“ den städtischen Kampf aufnehmen und vorwärts, die in einem Zeitraum von 4 Wochen nicht nötig sind, wegzunehmen und sie der allgemeinen Versorgung zuführen. Um den Kartoffelmangel zu fördern, muß die Stadt den Anbauern durch billige Beschaffung von Saatkartoffeln entgegenkommen. Weiter muß die gemeinsame Speisung der Minderbemittelten angestrebt und die Selbstwirtschaft der Stadt ausgebaut werden.

Stv. Röll (Rat.): Das Kartoffelmangel hat sich bewährt und ist, um eine gleichmäßige Verteilung zu erzielen, es dringend erforderlich, daß auch die Fett- und Fleischkarten eingeführt werden. Die Fettkarte hängt zusammen mit der Fleischkarte und auf diese ist wieder zum Teil die Milchkarte zurückzuführen, da, wie wir ja wissen, bei den vorerwähnten Fleischkarten Milchfette als Schlachtabfall verfallen. Der Mangel in diesen unersetzlichen Lebensmitteln ist hauptsächlich auf die unrichtigen Angaben resp. Verhelfung der wirklichen Kartoffelbestände bei der durch die Reichsregierung vorgenommenen Kartoffelbestandsaufnahme vom Jahr 1914 zurückzuführen; deren Folge war die unrichtige und sich heute schwer rühmende Millionen-Kartoffelmenge der Schweine bei einer guten Kartoffelernte im Kartoffelreichsten Land. Mit der richtigen Kartoffelversorgung ist es ja jetzt besser geworden, nachdem bei der einsetzenden gelinden Witterung sich größere Aufkäufer einstellen können und die Kartoffelabgabe in einer größeren Anzahl Verkaufsstellen stattfinden. Damit diese Forderungen im kommenden Frühjahr nicht wiederholt werden, müssen die Städte bei den erforderlichen Schritten bei den städtischen Behörden unternehmen. Die Höchstpreise müssen bei Beginn der Kartoffelernte festgesetzt sein, damit die Städte ihren Bedarf zum großen Teil vom Winter weg decken können. Bei der Kartoffelkarte einmal seine Kartoffeln selbst eingelagert, dann erst ist ihm mit dem Verkauf nicht, zumal er nach dem jetzigen Höchstpreis darauf rechnen zu können glaubt, daß er bei der Zurückhaltung seiner Kartoffeln bis zum Frühjahr den doppelten Preis erzielen wird. Die jetzigen hohen Höchstpreismäßigkeiten wirken bei den Landwirten wie eine Brücke für die Zurückhaltung der Kartoffeln im Frühjahr. Aus diesem Grunde ist zu erwarten, daß die Landwirte im kommenden Herbst noch mehr mit dem Verkauf zurückhalten werden. Da müssen eben außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden, die sich mit der Not der Zeit vertragen; denn wir müssen in dem schweren und von uns ferneren Gebieten aufzubringenden Kampf um Getreide oder Mehl auch wirtschaftlich unbedingt durchhalten.

Stv. Röll (Rat.): Die Lebensmittelversorgung ist jetzt beunruhigend geworden. Es dürfte wohl auch hier zu prüfen sein, ob der Zucker nicht zurückgehalten oder dessen Herstellung künstlich eingeschränkt wird, um noch höhere Preise zu erzielen. Die Rohstoffe zur Zuckerherstellung werden doch hauptsächlich im Ausland gewonnen und dürfte der Anbau der Zuckerrüben nicht schon im vorigen Jahre merklich zurückgegangen sein. Aufgabe der Regierung muß es auch sein, nicht nur Höchstpreise festzusetzen, sondern auch das Ansehen der Produktion, besonders landwirtschaftlicher Artikel, zu unterstützen. Denn was nützt schließlich Höchstpreise für eine Ware, wenn solche nicht vorhanden sind, weil sie nicht genügend produziert wird. So hat der kaiserliche Landtagsabgeordnete Dr. Heim in einer Rede eine Erklärung abgegeben, daß in der Unternehmung der Bauern für jedes Jahr bekanntlich weniger Rohstoffe



ganzen von Hater und Gerste angebaut hätten, weil letztere höher im Preise stehen. Wir haben, als wir dieses vernahmen, im hiesigen Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen sofort Schritte unternommen, um die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf diese Lage zu lenken. Wir müssen wirtschaftlich durchhalten und werden dies um so eher vermögen, wenn besonders die Lebensmittelproduzenten etwas mehr Gemeinschaftsinn betätigen würden. Immer wieder muß aber auch die Mahnung an die Konsumenten aller Kreise gerichtet werden, von der allgewohnten Lebensweise in dieser schweren Zeit abzugeben und sich einzuschränken. Um unserer minderbemittelten Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern, dürfte die Stadtverwaltung an den bereits getroffenen Maßnahmen vielleicht noch eine Erweiterung der Ausgaben unserer Ratskassen in Erwägung ziehen. Es könnten schließlich in Läden der einzelnen Stadtteile, in der Volkshäuser hergestellte warme Speisen an Minderbemittelte zum Selbstkostenpreis verabreicht werden; dies käme besonders den Familien der erwerbsfähigen Frauen zu Nutzen. Zum Schluß möchte ich hier nochmals anregen, unsere Stadtverwaltung möge landwirtschaftlichen Eigenbetrieb einführen und besonders Schweine- und Geflügelzucht und Milchviehhaltung einrichten. Ich habe schon bei früherer Gelegenheit angeführt, wie leicht es z. B. heute, infolge solcher Einrichtungen, der Stadt Ulm fällt, ihre Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln zu verhältnismäßig billigen Preisen zu versorgen.

Hr. Schiller (Str.) kommt auf die zurückliegenden Vorgänge bei der Kartoffelverteilung zu sprechen. Beide Teile, die Stadt und die Konsumenten, hätten schmerzliche Erfahrungen gemacht. Durch den fälschlichen Eindruck, daß die Kartoffeln nicht billiger geworden, das Lebensmittel aber auch zu wenig für Differenzpreise gesorgt. Von den vertriebenen Kartoffeln sei die Qualität schlecht gewesen. Bei der billigeren Vergabe von Lebensmitteln müsse die Einkommensgrenze bis auf 3000 M. hinausgeführt werden. Ferner wünscht der Redner, daß das Lebensmittelamt für die nötigen Lebensmittel sorgt, damit die empfindlichen Regente und Kochkünstler nicht durch den Mangel an Kartoffeln in der letzten Zeit nicht vorzuziehen. Redner weist auf, daß hier mit der Erleichterung begonnen werden ist.

Oberbürgermeister Dr. Ruder stellt auf eine Bemerkung des Vorredners fest, daß in Berlin nicht mehr Lebensmittel ausgegeben worden sind wie hier. In der Anwendung von Lebensmittelkarten habe man hier keine Stadt.

Hr. Vogel (Kortf.) bedauert ebenfalls namens seiner Fraktion die hiesigen Verhältnisse, die in der Stadt umgegangen sind und die allein durch die Verhältnisse zu entschuldigen sind, die infolge der Dauer des Krieges und der Lebensmittelmangel eingetreten sind. Der Grund zu diesen Verhältnissen sei nur in dem Mangel an Interesse gegenüber der Stadtverwaltung zu finden. Redner stellt fest, daß von den drei Oberbürgermeistern, unter denen er in der Stadtverwaltung gearbeitet habe, jeder in seiner Art der Stadt wertvolle Dienste geleistet habe. Der jetzige Oberbürgermeister, eine Autorität auf kommunalem Gebiet, sei für die jetzige Lage besonders merkwürdig. Nur beschränktem Interesse verstand sei die Meinung zuzuschreiben, daß der jetzige Oberbürgermeister, der kein Sozialist sei, zu wenig leide. Redner erinnert nur an die schwierige Arbeit der Verwaltung des Vorantrags, der Ankerstellung der Eingabe des Einkommenssteuereinzugs und der Aufstellung des Kriegsbudgets. Verschiedene Klagen, die von den Vorrednern geäußert wurden, hätten nach Berlin gerichtet werden müssen. Bei der Verwaltung des Lebensmittelamts möchte es zu bedenken geben, daß alle Kriegseinsparungen in der Stadt durchzuführen müßten. Die leitenden Persönlichkeiten seien eine Gewähr dafür, daß die vorhandenen Mittel bald befristet würden. Wenn das Publikum etwas mehr Gemeinschaftsinn zeigen würde, dann würde es besser werden. Jeder deutsche Einwohner müsse mitwirken, damit wir durchhalten können. Die Überwindung der Grenzen, ein Lob auf die deutsche Einheit, müsse ausgesprochen werden. Es sei nicht möglich, alles Unkraut zu entfernen. Man dürfe alles Vertrauen in die Stadtverwaltung setzen und man müsse ihr auch mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Hr. Schneider (nall.) führt aus: Wir können nicht alle nach Berlin gehen und unsere Wünsche dort vorbringen, aber wir erwarten von unserer Stadtverwaltung, daß sie die Klagen, die hier vorgebracht werden, dort in Gehör bringt. Einzelne meiner Vorredner haben die Einführung des Verkaufs von Speisen auf der Straße gewünscht. Ich kann mitteilen, daß die Vorarbeiten hierzu bereits in vollem Gange sind. Es wird nicht mehr lange dauern, bis die Verkaufsstationen durch die Straßen Mannheims führen. Den Ausführungen des Herrn Ströbel in der Meinung, daß der ganze Lebensmittelmarkt hätte aufgehoben werden müssen. Es besteht hier zweierlei Ansicht. Man kann überhaupt sagen, daß, wenn der Lebensmittelmarkt mehr Freiheit gehabt hätte, die jetzige Situation nicht entstanden wäre. (Sehr richtig!) Bei Ausbruch des Krieges hat sich schon ergeben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse abwärts nicht auf der Höhe unserer militärischen Vorbereitungen standen. Schon damals waren die Marktpreise sehr hoch. Das war nicht die Schuld des Handels, sondern zum Teil die Schuld derjenigen, die die Vorräte für das Militär ankauften. Ein Hauptfehler, daß die Preise zu hoch in die Höhe gingen,

war auf der anderen Seite die Verwilligung der monatlichen Zuschläge. Was wir vergangenes Jahr mit dem Getreide erlebt haben, erleben wir dieses Jahr mit den Kartoffeln. Wenn man gleich nach der Ernte einen hohen Preis festsetzt und im Dezember und Januar der Preis ermäßigt hätte, dann hätte der Bauer sofort seine Vorräte abgesetzt. Die Art der Festsetzung der Preise kann auch nicht ohne weiteres aufgehoben werden. Die Preise für Roggen, Weizen und Gerste veranlassen den Landwirt selbstverständlich, vornehmlich Getreide zu bauen. Ich befürchte, daß der Anbau von Brotgetreide in diesem Jahre vernachlässigt werden wird zugunsten von Hafer und Gerste.

Ueber die Höchstpreise kann man verschiedene denken. Die Höchstpreise ermöglichen es aber immerhin der Bevölkerung, die Lebensmittel einzukaufen. Was mehr eigenes Interesse betrifft, so wurde bekannt, daß der Kartoffelmarkt am 1. März 1916 M. wertete. In Wirklichkeit beträgt der Markt 22 M. Wir sollten 10 Prozent Kartoffelmehl als Zusatz zum Mehl erhalten, haben aber noch nie diesen Prozentsatz bekommen. Wir haben zum Teil Kartoffelmehl dem Mehl beigegeben, aber auch diese waren nicht in dem nötigen Maße zu beschaffen. Es wäre interessant zu wissen, welche Stellungnahme die Reichsregierung einnehmen würde, wenn ein zur Veranbarung geeigneter Vademekler nachweisen würde, daß ihre Organe nicht die ausländischen Zusatzmittel beschaffen haben. Die Erhöhung des Brotpreises ergibt sich aus den Marktpreisen. Das Kartoffelmehl ist in den letzten 14 Tagen um 8 M. pro Sach gestiegen. Wir mußten den Arbeitern auch eine Erhöhung der Lohnsätze von 2 M. gewähren. Sie sehen, daß wir mindestens gerade so der Unterlassung bedürfen wie die Konsumenten. Was den Buttermangel betrifft, so glaube ich, daß er auch darauf zurückzuführen ist, daß die Butterhändler mit dem Verdienst von 6 M. pro Zentner nicht auskommen. Was aus der hiesigen Wirtschaft wird, wollen wir abwarten. Ich persönlich habe von derartigen hiesigen Regierungen keine sehr hohe Meinung, denn die Kosten sind sehr hoch. Sachverständige sollen nicht ausgespart werden. Hierbei ist ein dringend notwendiger Artikel für die Kinderernährung. Das Vademekler hat sich um Anstellung von Butter für gewerbliche Zwecke an die Stadt gewandt. Trotz der Verantwortung durch den Vorstand des Lebensmittelamts hat der Stadtrat keine Genehmigung erteilt. Das ist sehr bedauerlich, weil deswegen der Vademekler nicht in dem nötigen Maße hergestellt werden kann. Der von außenwärts kommende Vademekler ist häufig von zweifelhafter Qualität.

Die Brotkosten vor 14 Tagen wären nicht entstanden, wenn die Bevölkerung sich die Brotkarten besser eingelesen hätte. Die neue Brotkarte wird wohl 14-tägige Gültigkeitsdauer erhalten. In der ersten Woche nach Ausgabe der neuen Brotkarte war immer ein riesiger Mehrverbrauch zu konstatieren. Der Mehrverbrauch in der Woche vom 5.-11. März entsprach aber nicht dem Mehrverbrauch vom 5.-11. Februar. Damals waren es noch 90 Sach mehr. Die Brotkarte war auch nicht demnach als Anfang März. Das kam aber daher, daß ein großer Teil unserer Bevölkerung beschuldigt, es würde eine große Brotknappheit eintreten. Ich möchte nur mitteilen, daß die Vorräte, die damals hinterlegt wurden, langsam aufgebraucht worden sind, damit wir nicht in Laufe dieser Woche in die Lage kommen, wie bei der Winternahrung der Winterzeit. Der Verbrauch in letzter Woche betrug das Doppelte des zulässigen Quantums. Es ist mißverständlich, daß die Brotkarten mehr einteilen, damit derartige Verhältnisse nicht mehr Platz greifen.

Wir haben allen Grund, auf hinter der Front alles einzusetzen, damit wir siegen. Das ist aber nur möglich, wenn die Organisation stark ist und sich alle dieser Organisation hat. Es ist unbedingt notwendig, daß die Stadt in ihren Verhältnissen alle Waren in guter Qualität liefert. In dieser Beziehung ist manche Klage laut geworden. Die Befriedigung des Volkslebens wird immer schwieriger. Die verschiedenen Lebensmittel sind ungenügend. Wir wollen hoffen, daß das Lebensmittelamt genügend auf den Markt einwirkt. Ich war ursprünglich ein strenger Gegner des Lebensmittelamts. Ich habe aber nach und nach eingesehen, daß die hiesige Organisation besser ist als in anderen badischen Städten. Ich will nur auf Karlsruhe verweisen. Ich anerkenne gern, daß ich den Herrn Oberbürgermeister und Herrn Dr. Bartsch manches Unrecht getan habe. Der Erfolg hat für die Herren gesprochen. Wir wollen hoffen und wünschen, daß dies auch in der kommenden Zeit der Fall ist.

Am Vorabend des Oberbürgermeisters wird die Erörterung abgebrochen. Fortsetzung der Beratung Donnerstag Nachmittag 5 Uhr.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

### Zur gestrigen Bürgerauschuss-Sitzung.

Es kam so, wie man voraussetzte. Die Beratungen über den städtischen Vorantrag konnten gestern nicht zu Ende geführt werden. Man braucht auch den heutigen Nachmittag dazu. Im Beginn der gestrigen Sitzung wurde noch schnell eine wichtige Vorlage verabschiedet, die mit dem städtischen Budget in keinem Zusammenhang stand: die Sonntagsschließung im Handwerks- und Gewerbe. Es wäre nicht möglich gewesen, die Vorlage schon gestern dem Kollegium zur Genehmigung vorzulegen, wenn nicht alle beteiligten Institutionen mit dankenswerten Eifer die Angelegenheit gefördert hätten. Nach Stadtrat und Stadtverordnetenrat haben sich im dem Bestreben, den Angehörigen in den öffentlichen Anstalten noch vor Ostern die Wohlfahrt eines

völlig freien Sonntags zuteil werden zu lassen, über die Vorschriften, die für die geschäftsmäßige Behandlung der Bürgerauschussvorlagen bestehen, hinweg und so weit es nur noch an der Regierung sein, den gleichen Willen in der Entscheidung dieser humanitären Angelegenheit zu entwickeln. Der gestrige Beschluß bildet, wie in der Beschreibung der Vorlage ausgeführt wurde, die letzte Stange auf dem Wege zur völligen Sonntagsschließung. Öffentlich schließen sich die Nachbarkäse recht bald dem Mannheimer Vorbild an, damit die Mannheimer Geschäftsleute sich nicht darüber zu beklagen haben, daß die auswärtige Konkurrenz aus ihrer Rückständigkeit besondere Vorteile zieht. Herr St. Schneider, der Obermeister der Mannheimer Vademekler, konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß sich das Vademekler der Einführung der völligen Sonntagsschließung anschließen. Die Vademekler werden um 3 Uhr geschlossen. Nur die Konditoreien wollen noch nicht dem allgemeinen Drange nach völliger Schließung nachgeben. Hier wird es Sache des Publikums sein, durch recht frühen Einkauf dafür zu sorgen, daß die Konditoreien nicht die einzige Ausnahme mehr bilden. Im übrigen möchten auch wir unsere Freude darüber ausdrücken, daß mit dem gestrigen Beschluß ein langersehnter Wunsch der Angehörigen in den öffentlichen Anstalten erfüllt ist. Öffentlich ist der Wunsch, der den Geschäftsbetrieben erwünscht, ein erträglicher. Auch ihnen gebührt für die Bereitwilligkeit, mit der sie sich mit der Einführung der völligen Sonntagsschließung einverstanden erklärt haben, der Dank aller Angehörigen.

Die Weiterberatung des städtischen Vorantrags wurde durch den Herrn Oberbürgermeister mit einer längeren Bemerkung über die in der Generaldebatte geäußerten kritischen Bemerkungen eingeleitet. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen seinen Ansichten und denen der Fraktionsredner seien, so meinte er, gar nicht anzunehmen. Nur in der Meinung, auf welche Weise eine größere Sparmaßnahme erzielt werden könne, gingen die Wege sehr auseinander. Man darf darauf gespannt sein, ob unser Stadtoberhaupt in der Lage sein wird, seine Sparmaßnahme in die Tat umzusetzen und dabei die richtigen Mäße ausfindig zu machen, an denen ohne Schaden gespart werden kann. Bemerkenswert ist die Bemerkung, daß der Wunsch, der städtischen Einkommenssteuer werde nach dem Kriege wieder herabgesetzt werden können, ins Reich der Utopie verweisen werden müsse. Warten wir die Entwicklung der Dinge ab. Vorläufig läßt sich über diese für den Geldbeutel immerhin nicht unbedeutende Frage gar nichts sagen. Auch in der Frage der Eigenbetriebe der Stadt Mannheim ist eine abwartende Haltung durchaus am Platze. Man selbst, wenn man diese Angelegenheit bespricht, oft die Stadt Ulm als Muster an. Aber die Ulmer Verhältnisse sind nur einseitig zu sehen, der wird auch beifügen, wenn wir sagen, daß Ulm mit Mannheim nicht gut verglichen werden kann. Der Herr Oberbürgermeister gab seinen Ausführungen einen recht optimistischen Ausklang. Auch er ist, woran wir nicht zweifeln haben, der Ansicht, daß die Mannheimer Einwohner- und Kommunalverwaltung in der gegenwärtigen und kommenden schweren Zeiten glänzend zu überleben.

Bei der Spezialberatung des städtischen Vorantrags wurde man den in den Friedenszustand hineingeraten. Herr St. Schmidt rief den Mangel an Futtermittel in Mannheim, Herr St. B. sagte, er würde sich nach dem Stande der hiesigen Milchbeschaffung und so würde auch Herr St. Rapp beantragen, einen längeren Vortrag über die Notwendigkeit der Förderung der privaten Milchviehzucht zu halten. Als dann gegen diese Art der Spezialberatung eingewandt und erklärt wurde, daß die Fraktionsredner beschließen hätten, lediglich die Lebensmittelversorgungsforderung eingehend zu behandeln, da konnte Herr Rapp, um im Bilde zu bleiben, nicht mit Unrecht erwidern, er sei nicht das „Kornfeld“ gewesen, das von der richtigen Bahn abgewichen sei. Aber das Kollegium merkte nun doch, daß derartige Spezialfragen zu wichtig sei, als daß sie nicht in die öffentliche Diskussion eingebracht werden könnten. Herr Strobel wurde in der langen Ausführung, die heute noch nicht zu Ende ist, im Bürgerauschuss notwendig die wichtigsten Punkte vorzulegen, zu beweisen und mit dem durchaus berechtigten Widerspruch der Vertreter der Industrie auf der rechten Seite hervor. Die Herren Knebel und Spielmeier erklärten mit aller Entschiedenheit und Bestimmtheit, daß der industrielle Arbeitsnachweis weder ins Leben gerufen werden sei, weil der städtische Arbeitsnachweis bereits vorhanden sei, weil er nicht in der Lage gewesen sei, der Industrie diejenigen Arbeitskräfte zu verschaffen, die sie notwendig gehabt habe. Ein anderer Grund sei für die Ablehnung des industriellen Arbeitsnachweises nicht maßgebend gewesen. Die Industrie, so wurde ferner erklärt, werde ebenfalls mit dem städtischen Arbeitsnachweis zusammenarbeiten, wenn er das gleiche wie der industrielle leiste. Die Stadtverwaltung wird aus der Industrie wohl die Lehre gezogen haben, daß hier etwas getan werden muß, um den Ansprüchen der Industrie gerecht zu werden und den Konfliktstoff, der sich ansammeln beginnt, zu beseitigen.

Rom Stadt. Der Senat hat beantragt, die 200 000 Mark Mehrerlöse, die jetzt schon in der Einnahme in den Voranschlag eingestellt sind, bei der beschlossenen Tarifherabsetzung der Straßenbahn diese Summe einbringen wird, zu streichen, weil das hier belästigt Vorgehen unangebracht sei. Der Reichsrat des Reichstages stellte sich nicht auf diesen Standpunkt und so wurde sein Antrag abgelehnt. Nach Erledigung der Spezialberatung wurde mit der Erörterung der städtischen Lebensmittelversorgung des Jahres, die der sozialdemokratische St. Strobel mit eingehenden Ausführungen eröffnete. Da die wichtige Besprechung nicht zu Ende geführt werden konnte, werden wir morgen damit zurückkommen.

### Vereinsnachrichten.

\* Der Grund- und Hausbesitzerverein Stadtrat reichte bei der Stadt am 14. März seine fahungsgemäße ordentliche Mitgliederversammlung für 1916 ab. In seinem hiesigen Geschäftsbericht weist der Vorsitzende Langhammer auf die wirtschaftlichen Rückschläge des Krieges hin, unter denen der Hausbesitzer wie kein anderer Stand zu leiden habe und bedauert das geringe Verständnis, das der Hausbesitzer in seiner Notlage bei der Regierung und den beteiligten Körperschaften finde. Es müßte in jeder Arbeit darauf hingewirkt werden, dem Hausbesitzer den ihm gebührenden Einfluß in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Es seien daher auch mit aller Kraft die Bestrebungen des Bundes Badischer Grund- und Hausbesitzervereine auf Gründung einer Hausbesitzerkammer zu unterstützen. Das Hausbesitzergesetz ist ein recht erfreuliches und befruchtete sehr. Herr Rother R. R. R. wurde einstimmig zum Vorsitzenden der Vereinigung der Hausbesitzer ernannt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand der zur Gründung des Bundes der Hausbesitzer angestrebte „Wirtschaftsverband des deutschen Hausbesitzes“, dessen Gründung in großem Maße von der Leitung des „Schwarzen Bundes für deutschen Grundbesitz“ in einer Denkschrift dargestellt ist. Auch in einer letzten Sitzung der „Hausbesitzer“ von Stadtrat R. R. R. in überzeugender Weise behandelt. Herr Hauptkassier R. R. R. hat in der Denkschrift die Ziele des Vereins ausführlich und trefflich der Versammlung vorgetragen, wobei der Vorsitzende im Namen des Bundes Herrn R. R. R. seinen Dank ausspricht. Auf wirtschaftlicher Grundlage soll der deutsche Hausbesitzer eng zusammen geschlossen werden nach der des Bundes und des Bundes der Landwirte, um einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen, um dadurch dem Hausbesitzer aus seiner großen Notlage, die schon vor dem Kriege bestand, durch den Krieg aber zur Unmöglichkeit geworden wurde, abzuhelfen. Die anschließende Diskussion zeigte als Resultat, daß nochmals der eine Beschlusseinstimmung eingeleitet mit der Bitte zu beschließen, vor allem die genannte Denkschrift gründlich zu studieren, die Meinung und Stellungnahme des Bundes der Hausbesitzer zu klären, um dann in einer ersten zu beschließen. Der Vorstand der Vereinigung zu einem Schluß zu kommen. Die vorgenannten Maßnahmen für die zukünftigem aufstehenden Verhältnisse. Wegen der Wichtigkeit des hiesigen Geschäfts, die Schritte der hiesigen Bodenbesitzer zur Erlangung einer künftigen Sonntagsschließung wurden freudig begrüßt und mit einigen weiteren Wünschen die Unterstützung der Versammlung. Ueber die Anstellungsbefähigung nach dem Kriege wurde ein zager Meinungsaustausch gepflogen. Wegen Änderungen in der Verfassungsgebung wurde auf das neue, erweiterte Kriegsgesetz Nr. 4 des Reichstages, das Gesetz für deutsche Soldaten und Soldatenfrauen hingewiesen. Die Forderung von Wirtschaftskreisläufen nach einer Erhöhung des Reichslohns wurde noch gesprochen über Weltverhältnisse und 7 Uhr Abendessen. In der Nacht, Sonntag, die Erledigung der Sitzung sind 1916 erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Im Stadtrat der Versammlung in Mannheim am 2. April wird ein Vertreter entsandt. Die Ergebnisse zum Vortand gingen glatt voran und befriedigten alle Wünsche. Mit einem begeisterten Aufbruch, sich nach Möglichkeit am 4. Kriegstag zu beteiligen, schloß der Versammlung am 12. März die anregende, fruchtbare Sitzung.

### Vergnügungen.

\* Spieltheater. Das Carl Reichs Theater „Das große Gem.“ findet einen so guten Erfolg, daß sich die Direktion entschlossen hat, das bis einschließlich nächsten Sonntag auf dem Spielplan zu lassen. Ratten sind bis einschließlich Sonntag schon heute zu haben. Der bekannte Schriftsteller und Komiker der Weltgesellschaft, Herr Hans Wenzel, welcher von einer Krankheit genesen ist, wird nächste Woche in einigen Rollen wieder auftreten.







# Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers.

## Mb. Deutscher Reichstag.

85. Sitzung. Mittwoch, den 22. März 1916.

Das Haus und die Tribünen sind fast besetzt.

Am Tische des Bundesrats: Staatssekretär Helfferich, Dr. Delbrück, Capelle, Visco, Krattke, Wahnschaffe.

Präsident Dr. Nothmann eröffnet die Sitzung kurz vor 2 Uhr mit der Mitteilung vom Ableben des früheren Abgeordneten Kühn (Sog.), zu dessen Andenken das Haus sich von den Plätzen erhebt.

Der Präsident teilt weiter mit, daß in den Beirats für Vorkriegsrechnung für den Abgeordneten Fischel (Dr. Vpt.) der Abg. Döbe (H. Vpt.) eingetreten ist.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein.

## Erste Lesung des Etats und der Kriegsteuervorlagen.

### Die U-Boot-Entwürfe.

Präsident Dr. Nothmann:

Bevor ich das Wort gebe, habe ich mitzuteilen, daß infolge einer Verhinderung, welche aus dem Verhältnisse zwischen dem Reich und den Bundesstaaten resultiert, die U-Boot-Entwürfe in der ersten Lesung des Etats bis auf weiteres — bis nicht ein anderer Beschluß des Reichstages erfolgt ist — aus der Diskussion ausgeschlossen sind. Die Beratung wird einleitend erfolgen in den Sitzungen der Budgetkommission, die in den ersten Tagen der nächsten Woche zusammentritt und gerade diese Frage in Beratung nehmen wird. (Beifall und Applaus.)

Abg. Dr. Liebknecht (Bild) zur Geschäftsordnung (Mitteilung und Anrede empfangend): Ich habe es für meine Pflicht, diesem Reichstag meine persönliche Anwesenheit zu versichern. (Beifall und Anrede.) Es handelt sich um eine Frage, die das öffentliche Interesse lebhaft erregt. Hinter den Kulissen wird mit aller Macht gearbeitet. (Beifall und Anrede.) Man will das deutsche Volk vor eine vollständige Katastrophe stellen. (Anrede und Anrede.) Liebknecht: (Schmerzliche Anrede und lebhaft allgemeine Anrede.) Das Volk hat ein Recht darauf, über diese Dinge etwas zu hören, und zwar sofort am heutigen Tage. (Allgemeine lebhaft allgemeine Anrede, in der die weiteren Worte des Redners, der in den Saal hineinstreift, verloren gehen.)

Präsident Dr. Nothmann:

Ich muß Sie doch bitten, sich in parlamentarischen Formen zu bewegen.

Abg. Liebknecht:

Schon im preussischen Abgeordnetenhaus... (lebhaft allgemeine Anrede und Anrede.) Ich erhebe hierdurch Protest gegen diese vorkriegsähnliche Art. (Anrede und Anrede.)

Präsident Dr. Nothmann:

Ich erteile jetzt das Wort dem Abgeordneten Reil.

Abg. Reil (Sog.):

Zwei Monate sind seit unserer letzten Tagung verfloßen. Unseren kaiserlichen Truppen müssen wir warmen Dank sagen. (Beifall.) Wenn unsere Streitkräfte zur See, (Beifall.) Der vergangene Winter war für zahlreiche Familien voller Entbehrungen und Kummer. Ihnen gebührt das gleiche Mitgefühl und die gleiche Fürsorge wie den kämpfenden Truppen.

Auf innerpolitischem Gebiet leben wir in schmerzlicher Sorge. Die feine unabweisbare Begleiterscheinung des Krieges sind die immer wieder vorzunehmenden Fälle von unzulässiger Behandlung der Soldaten, die unangehörigen Demonstrationen des öffentlichen Lebens durch Belagerungszustand und Jenseit und ganz besonders die schweren Mängel der Organisation der Volksernährung müssen in den nächsten Wochen hier gründlich erörtert werden.

Offensichtlich werden wir nicht einen dritten Kriegszustand zu befechten haben.

Der der Bilanzierung des Staatssekretärs haben wir alle Beobachtung. Niemand kann jetzt die Einnahmen und Ausgaben genau überschauen. Aber die Kriegskasse muß lohnenswert sein. Wir dürfen dem Volke nicht den Eindruck nehmen, daß es uns beim Friedensschluß gelingen werde, uns für die gesamten materiellen Opfer des Krieges schadlos zu halten. Unter allen Umständen werden wir große Reue empfinden für die Zukunft beschaffen müssen. In der Fürsorge für die Hinterbliebenen und Invaliden des Krieges darf es kein Ansehen finden, sie nur auszuheilen, sondern sie als gegenüber dem Siegerland zu kämpfen. Gegenüber der Forderung, auf die wir uns gefaßt machen müssen, ist schon der Gedanke der allgemeinen Lebensabdeckung durch ein einmaliges großes Vermögensopfer aufgetaucht. Das ist der Gedanke, den wir brauchen für die Entlastung unserer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine allgemeine finanzielle Sanierung. Eine solche Lebensabdeckung wird aber nicht im Bandwurmwerden möglich sein. Wäre es die ausreichende Sicherung der Lebenshaltung der Massen, Schutz gegen Unterernährung und gegen schmerzliche Ausbeutung der Massen, besonders der Frauen. Die Beschaffung neuer Mittel für das Reich darf nicht verweigert werden. Es ist höchste Zeit! (Sehr richtig.)

Mit dem Staatssekretär stimmen wir darin überein, daß unsere Volkswirtschaft die neuen Lasten tragen kann. Unsere Wege trennen sich aber bei der Frage, wie die Mittel beschafft werden sollen. Die Vorlagen werden in allen ausgearbeiteten Punkten, (Sehr richtig.) h. d. Sog.). Die Einnahmen werden aus allen Seiten und Winkeln zusammengefaßt, sind ein Stück und Stück. Die Leistungsfähigkeit muß beibehalten, Einkommen und Vermögen müssen getroffen werden. Dem Grundgedanken der Kriegsgewinnsteuer stimmen wir zu. Die Vorlage ist so gut, daß viele Kreise des Volkes über die bestehende Belastung überrascht und entsetzt sind. (Sehr richtig.) Die Befreiung des Staatssekretärs, daß die Höhe der Steuerbefreiung an die Grenze der Zahlungsfähigkeit, sei allerhöchster Einkommens im Volk erzeugt. Die Kriegsgewinnsteuer muß in allen ihren Teilen verschärft werden. Das verlangt das im Kriege gefährdete stille Gewissen unseres Volkes.

Man hat verlangt, in erster Linie das Vermögen und erst in zweiter Linie den Umsatz zu belegen. Dann wären aber die Mittelbesitzer, die ihr Geld verleiht und verpfändet haben, bestraft und die Später bestraft. Besser wäre es, daß das Vermögen der Kriegsgewinnsteuer zu belegen. Die Besteuerung der Kriegsgewinnsteuer läuft auf eine ungerechtfertigte Begünstigung

der Leistungsfähigen Gesellschaft hinaus. Ein Kaufmann ging durch die Kriegsgewinnsteuer. Die Werte antwortete mit einer Pause. So billig davonkommen habe man nicht angenommen. Die Steuerbefreiung in einem Verhältnis zu den hohen natürlichen Einkommen. Die Höhe muß vermindert werden. Auch die Landwirtschaft muß zu dieser Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden. Der Entwurf ist sehr erfreulich. Das Programm des Staatssekretärs ist auf die Mehrbelastung der natürlichen Bevölkerung ausgerichtet.

Der Reichstag muß die Lasten tragen, er kann mit Begeisterung eine Milliarde im Jahre mehr aufbringen. Die Kriegsgewinnsteuer muß bei engeren Verwandtschaftsgraden mit konstanten Sätzen greifen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.):

In unserem letzten Etat sind die Spalten, in denen die Ausgaben für unsere Marine enthalten waren, leer. Der Mann, der 18 Jahre hindurch für die Ausbesserung dieser Spalten Sorge trug, waltet nicht mehr seines Amtes. Dem Großadmiral von Tirpitz verdankt das Reich den Ausbau und die Organisation seiner Flotte. (Beifall.) Ihm verdankt es die Vergrößerung des gesamten Personals zur Marine und zum Ozean, zur Umrüstung und zur Flottentrennung, wie wir sie verfochten haben in den Tagen unserer Auslandsreisen. (Beifall.) Und in den Tagen unserer U-Boot- (Beifall.) Wir werden dem Großadmiral von Tirpitz dauernd dankbar bleiben. Der Reichstag wird sein Werk treu bewahren. (Beifall.)

Unsere Kriegslage erweist sich dauernd als gut. Entscheidende Schlagen sind noch nicht gefallen. Das Ende des Krieges ist noch nicht zu sehen. Wenn wir aber zurückblicken auf den Monat März des Vorjahres und die Fortschritte und Umwälzungen beobachten, die sich inzwischen vollzogen haben, so können wir dem weiteren Fortgang mit Ruhe entgegensehen. Im Westen steht unsere Mauer fest, und wir hoffen, daß die Angriffe der Verbündeten eine Weile in die Linien der Franzosen brechen werden. (Beifall.) So ist unsere Pflicht, daß wir uns in der Frage, wie die nötigen Mittel für das Reich beschafft werden sollen, einigen. Die Steuern dürfen nur mit überwiegender Mehrheit beschlossen werden. (Beifall.) Das Vertrauen auf unsere wirtschaftliche Kraft ist durchaus gerechtfertigt. Deutschlands Ueberlegenheit dem Ausland gegenüber beruht zum großen Teil darauf, was die Einkünfte für die Bedienung der allgemeinen Bildung durch höhere Schulen, Polytechniken, Kunstschulen usw. geben haben. Sie beruht auf dem Reichum an Wissenschaften und Werkzeugen. Wenn man jemand schonen will bei den Vermögens- und Einkommenssteuern, dann muß vor allem auch der Besitz in seiner Leistungsfähigkeit erhalten werden, er darf nicht geschwächt werden. Die Kriegsgewinnsteuer erstreckt sich einer großen Volkswirtschaft. Das Gesetz muß in der Kommission ausgearbeitet werden. Der Entwurf unserer Vorlage der sich auch in den Bestimmungen zur Kriegskasse zeigt hat wird auch in den Steuerfragen zur Geltung kommen.

Abg. von Hüner (Fortf. d. V.):

Auch wir wollen dem Großadmiral von Tirpitz unsere aufrichtigen Dank für die unermüdete Arbeit, die er seinem Lebenswerk gewidmet hat, aussprechen. Seiner Geschicklichkeit und seiner Ausdauer ist es gelungen, das Verhältnis zwischen unserer Flotte und der Flotte zu unserer Flotte zu erhalten. (Beifall.) Mit der etwas ungewöhnlichen Art der Aufnahme unserer Staats wird man sich einverstanden erklären müssen, weil man seine bessere Aufnahme vorzuziehen weiß. Daß das Steuerdefizit der verbündeten Regierungen einer eingehenden Behandlung in diesem Hause unterzogen werden muß, zeigen die Ausführungen der Vordränger. Eine Reihe von Punkten sind zu prüfen und zu besetzen. Wir sind mit einer Kommissionsberatung der Vorlagen durchaus einverstanden. Nach den Ausführungen der Redner der beiden höchsten Parteien des Hauses kann man schon prognostizieren, ohne sehr weitläufige Überlegungen werden die Vorlagen aus den Ausschüssen nicht hervorgehen. Der Vordränger, einen Blick in die Zukunft hineinzuwerfen, will ich widersprechen und mich in die Vorlagen selbst halten. Wir wissen nicht, wie später die Stimmung und die Verhältnisse sein werden. Es ist am besten, man wartet ab, bis der Zeitpunkt hierfür gekommen ist.

Unsere grundsätzliche Stellung zur Kriegsgewinnsteuer hat sich nicht geändert. Sie kann mich daher auf unsere früheren Ausführungen dazu beziehen. Durch unser Volk geht ein gewisses Streben — das zeigen auch die Ausführungen der Vordränger —, sich mit den Vorlägen der Vorlage nicht zu begnügen, sondern die Höhe der Besteuerung zu erhöhen und die ganze Vorlage über ihren bisherigen Umfang hinaus auszuweiten. Wir werden die Vorlage, einen solchen Streben vornehmend einen grundsätzlichen Widerstand entgegenzusetzen zu müssen. Aber es wird gut sein, bei den Beratungen über diese Vorlage doch ein gewisses Maß zu halten und sich wieder durch Sachverständigenberatungen noch durch die Vermittlung, so leicht es in der Tat bekommen zu können, alles sehr leicht zu lassen. Niemand wird die Vermutung machen können, daß wir nicht in der Lage wären, in unserer Hilflosigkeit, durch das ganze deutsche Volk hindurch, einen Widerstand von einer halben Milliarde aufzubringen. Die Steuern sollen möglichst so schnell erzielbar werden, daß sie tatsächlich schon im laufenden Geschäftsjahr eingebracht werden.

Es gibt allerdings in Deutschland noch Schichten der Bevölkerung, denen es auch im Kriege vielfach noch recht gut geht und denen im Kriege noch so wohl ist, daß vom pöblistischen Standpunkt aus nichts dagegen einzuwenden wäre, wenn diesen Schichten der Bevölkerung so bald als möglich der Anteil des Lebens und des Krieges wenigstens einigermaßen zur Anschauung gebracht würde. Wir können allerdings nur zum Teil die Vorlagen der verbündeten Regierungen billigen. Die verbündeten Regierungen wollen den ganzen Bedarf durch Verbrauchs- und Einkommenssteuern decken. Das halten wir für falsch. Bei einem solchen Steuerbetrag dürfen die Lasten nicht einseitig verteilt werden. Auch die andere Gruppe von Steuerzählern, die Wirtschaften, müssen herangezogen werden. Den Grundsätzen der Besteuerung muß Rechnung getragen werden. Die Steuern treffen nicht den einzelnen nach seiner Leistungsfähigkeit. Das muß Veranlassung erregen. Webern ändern sich namentlich gegen die Verbrauchssteuern, Industrie und Handel dürfen nicht in ihrer Entwicklung gehindert werden. Gleichwohl mit Verbrauchs- und Verbrauchssteuern muß eine Steuer kommen, die den Stoff gehobener bringt. Der Grundgedanke des Reiches nur indirekte Steuern, ist schon im Frieden durchbrochen worden. Direkte Reichsteuern müssen kommen. Das sein Vermögen im Krieg vermehren kann,

daß dieses Glück mit einem Opfer an die Allgemeinheit erkaufen. Auch läßt sich der Kriegszustand ohne große technische Schwierigkeiten erneut erheben. Auf man dies, so kann man einen Teil der Anlagen auf die Einzelstaaten verlagern. Die Qualität und Quantität ist die schlechteste von allen. Die Regierung hat es sich sehr leicht bei den neuen Steuern gemacht. Dadurch wird das Volk unruhig. Hoffentlich kommt aus den Arbeiten unserer Kommission etwas Gutes heraus. (Beifall.)

Reichssekretär Dr. Helfferich:

Die drei Redner stimmten darin überein, daß zur Deckung des letzten Defizits neue Steuern geschaffen werden sollen. Das ist immerhin ein Boden, auf dem man arbeiten kann. Im übrigen kamen zum Teil abweichende Ansichten zum Ausdruck. Die Besteuerung des Vermögens und Einkommens darf nicht überhandnehmen, denn an der Erhaltung der Kapitalbildung, an der Grundfrage unseres heutigen Wirtschaftslebens hat selbst der letzte Redner ein Interesse. Diesen Gesichtspunkt dürfen wir jetzt nicht aus den Augen verlieren. Aus den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners habe ich nicht als eine summarische Verurteilung der Verbrauchs- und Verbrauchssteuern herausgehört, die sich bezüglich der Leistungsfähigkeit nicht anpassen. Der sozialistische Redner hat es keinesfalls abgelehnt, auf den Boden der Vorlage zu treten, ihm war aber die Möglichkeit nicht recht. Der Zentrumsvorredner zeigte sich im allgemeinen der Regierungsauffassung zugeneigt.

Was bleibt die Frage, ob unsere Vorschläge die radikale soziale Verurteilung oder die halbe sozialistische Verurteilung verdienen, oder ob man sich mit den Vorlägen abfinden kann.

Der Abg. v. Hüner hat vornehmlich, wie hätten es und leicht gemacht. Die Arbeitsleistung, die neben all dem anderen, was der Krieg von uns erfordert, geleistet werden mußte, war nicht leicht, mögen die Steuern ihnen auch nicht gefallen. Ich bitte Sie aber, es uns nicht schwer zu machen. Die großen Gesichtspunkte habe ich Ihnen bereits auseinandergesetzt, die uns diesen Weg weisen. Es ist uns nicht eingefallen, dem Reichstag ein Konglomerat von Vorlagen oder Konglomerat nur von Verbrauchs- und Verbrauchssteuern, das ganz willkürlich zusammengeleitet ist, vorzulegen.

Das Schwerkgewicht liegt ja auf der Kriegsgewinnsteuer, die nicht nur eine Besteuerung der Kriegsgewinne ist, sondern eine Besteuerung jedes Vermögenszuwachses seit drei Jahren. Das ist ein Ausbau des bestehenden Einkommensteuergesetzes, aus das Sie zum Teil ja besonders stolz waren — zum Teil vielleicht auch nicht. (Beifall.) Gegenüber dem Verbrauchssteuergesetz zeigt das Kriegsgewinnsteuergesetz auch die juristischen Personen in seinen Wirkungsbereich hinein, und ich hoffe, wir werden allein von den juristischen Personen einige hundert Millionen Mark herbeibringen. Weiter werden bei den physischen Personen eine Reihe von Dingen in die Besteuerung hineingezogen, die im Verbrauchssteuergesetz nicht enthalten sind, wie Schmuckstücke, Kunstgegenstände und ähnliches. Die Einnahmen des Kriegsgewinnsteuergesetzes betragen 50 Prozent, beim Verbrauchssteuergesetz nur 24 Prozent. Die Höhe des einzigen heute vorhandenen Reichsteuergesetzes werden also in den Einnahmen um das Dreifache übersteigen.

Ich habe schon das letzte Mal ausgeführt, daß die Besteuerung des Vermögenszuwachses ein sehr hartes und vollständig ausreichendes Gegenmittel gegen die Besteuerung von Verbrauch und Verlust bildet, wenn diese Besteuerung so abgestuft ist, daß nicht die großen Massen davon betroffen werden. Man hat in der Presse darüber gesprochen, daß der Tabak als ein entbehrliches Genussmittel bezeichnet ist. Wenn nicht der Tabak, was ist dann ein entbehrliches Genussmittel? Herr Spahn hat gemeint, das Gesetz hätte den Vorteil, daß nicht so viele Personen an Nikotinvergiftung sterben würden. Es ist aber noch niemand daran gestorben, daß er kein Nikotin genossen hätte. Wir haben auch nicht die Interessen der Arbeiter außer Acht gelassen, wir haben die Industrie in Betracht gezogen (Zuruf bei den Sog.), ferner die deutsche Industrie ferner, in das ein schlechter und Welt bei Dank seltener Arbeiter, der für seine Arbeiter kein gutes Zeugnis hätte. (Beifall.) Wir können darauf stolz sein, was bei uns in der Industrie während des Krieges von den Industriellen geleistet worden ist. (Beifall.) Man hat behauptet, die Arbeiter würden bei dieser Steuer die Verdienste verlieren und auf die Vorgänge der letzten Tabaksteuererhöhung verwiesen. Das ist nicht zu befechten.

Die Erhöhung der Tabaksteuerung muß ja doch kommen. Glaubt denn jemand, daß wir uns nie heranziehen? Jetzt ist die günstigste Zeit, auch für die Arbeiter. Wenn die Erhöhung jetzt durchgeführt wird, werden sie weniger betroffen als sonst. Das erleichtert den Übergang. Die Belastung durch die Einkommensteuer, die England schon seit 300 Jahren hat, wird der Besteuerung entgegen. Ueber die Einzelheiten können wir uns im Ausfluß aussprechen.

Bei der Last können wir ohne eine neue Organisation die 300 Millionen herausheben, die nur 20 Prozent der bisherigen Einnahmen ausmachen. Die große Masse der Bevölkerung wird nicht getroffen, denn die großen Einkommensteuern sind bei uns anzutreffen. Auch von dem Grundbesitzendenstand ist keine Beeinträchtigung des Lebens zu befürchten, mag auch eine Abmilderung auf den Verbrauch stattfinden. Die Masse wird nicht betroffen, denn es handelt sich um große Klassen, nämlich, namentlich Kohle und Eisen, von einem Erzeugungs- zum anderen Verbrauchszentrum.

Hier haben wir innerhalb des Reiches einen Steuerkomplex, der der außerordentlichen Verhältnisse genügt. Das Reich steht ja als öffentliche Körperschaft nicht allein, es umschließt nicht unser ganzes öffentliches Leben. Was wie ein Programm ist, besteht namentlich, den Einzelstaaten und Kommunen bleibt nach als die größte Besteuerung. Mit der Lasten und einseitigen Verteilung der direkten Steuern durch Einzelstaaten und Kommunen müssen wir als mit einer gerechten und nicht abzumahnenden Lasten rechnen. Einen Soziallag, direkte Steuern den Kommunen und Einzelstaaten abzugeben, das ist nicht gerecht, ich würde ihn auch zurückweisen. Der dem Kriege werden schon Zuschüsse von 5 bis 100 Prozent seine Stellenheit, heute ist aber der durchschnächtige Zuschuß bereits über 20 Prozent und wird darüber noch ganz erheblich hinausgehen. Diese Zuschüsse der Kommunen und Landgemeinden müssen wir zu der direkten Besteuerung in den Einzelstaaten hinzurechnen. Nach man Staats- und Kommunalsteuern neben Gewerbesteuren und Grundsteuern zusammen, so ist bei uns heute schon die direkte Besteuerung höher als in England. In der Kriegsgewinnsteuer haben wir ein sehr hartes Gegenmittel gegen die Verbrauchs- und Verbrauchssteuern.

Die verbündeten Regierungen sind der bestmöglichen Ansicht, daß außer der Kriegsgewinnsteuer eine weitere direkte Besteuerung für das Reich nicht in Frage kommen kann. Wenn Sie nicht zu viel im Gesamtplan, damit nicht das Ziel dieser Vorlage vereitelt wird. (Beifall.)

Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung.



# Handels- und Industrie-Zeitung

## Ein grosses Getreidegeschäft der Mittelmächte mit Rumänien.

WTB. Berlin, 22. März. Am 21. März ist in Bukarest zwischen der Zentral-Eisenbahngesellschaft Berlin, der Krieger-Getreide-Verkehrsanstalt Wien und der Krieger-Produkten-Aktiengesellschaft Budapest einseitig und der rumänischen Zentral-Ausfuhrkommission für Getreide und Hilfsmittel andererseits ein Vertrag über die Lieferung weiterer sehr erheblicher Getreidemengen aus Rumänien an die Mittelmächte unterzeichnet worden. Die genannten deutschen und österreichisch-ungarischen Organisationen für Getreidelieferung kaufen durch diesen Vertrag 100 000 Wagen Mels sowie den gesamten — nach Berücksichtigung des inländischen rumänischen Verbrauchs und anderweitigen rumänischen Vertriebsverträge — noch für die Ausfuhr zur Verfügung stehenden Vorrat an Weizen, Gerste und Hülsenfrüchten, einen Vorrat, der auf etwa 40 000 Wagen geschätzt wird. Die rumänische Regierung hat alle tadellosen Erleichterungen für den Abtransport des Getreides auf dem Bahn- und Wasserwege teils bereits erteilt, teils in Aussicht gestellt. Ungeachtet ist eine Verständigung eingeleitet, um auch die Lieferung von Erzeugnissen der Zentralmächte zu Rumänien sowie eine wechselseitige Durchfuhr möglichst zu fördern und also auch auf diesem Gebiete die erforderliche zu tun, damit sich die beiderseitigen Handelsbeziehungen wieder normal gestalten, soweit dies unter den obwaltenden Umständen überhaupt durchführbar ist.

WTB. Berlin, 23. März. (Von uns. Berl. Büro.) Zu der halbmonatlichen Mitteilung über das Abkommen mit Rumänien ist noch zu bemerken: Durch das jetzige Abkommen erhalten unsere bisherigen Abmachungen mit Rumänien eine sehr beträchtliche Erweiterung. Es handelt sich um den Verkauf von 50 000 Waggons Getreide, den nach mehrmaliger Abmachung eine zweite Lieferung von 50 000 Waggons folgen soll. Zugleich wurde die Ausfuhr und der Transport aller Feldfrüchte gesichert, welche aus Ähren, Klee, Roggen, in Rumänien verbleiben. Das Abkommen wurde in der dritten Dezemberwoche des vorigen Jahres perkt, stieß jedoch damals in der deutschen und österreichischen Presse wegen seiner schweren Preisbedingungen auf heftigen Widerspruch. Von dem zuerst genannten 50 000 entfielen 40 Prozent auf Weizen und Roggen, 15 Prozent auf Gerste, 20 Prozent auf Mais, 10 Prozent auf Hafer und 15 Prozent auf Erbsen und Bohnen.

Die vorstehenden Meldungen wird man in Deutschland mit besonderer Genugung lesen. Sie zeigen zunächst unser günstiges Verhältnis zu Rumänien, sie stellen weiter uns und unsere Bundesgenossen sehr bedeutende Getreidemengen in Aussicht, sodaß die an sich schon gesicherte Vollversorgung für jede Kriegsdauer und jeden Ernstfall allen Mächtigkeiten unserer Feinde trotzen kann. Was aber den Nachrichten den größten Reiz verleiht und deutsche Herzen höher schlagen läßt, ist die Gewissheit eines neuen diplomatischen Sieges über England.

War es doch England, das mit dem „Kauf“ von 50 000 Waggons rumänischen Getreides, die es während des Krieges auf keine Weise erhalten konnte und die es zu seiner eigenen Versorgung auch gar nicht brauchte, das rumänische Getreide einzuheben wollte, um den österreichisch-deutschen Vorrat in buchhalterischem Sinne des Wortes den Brodbeck höher zu bilanzieren und sich an ihren vermeintlichen Tantiemen zu weiden.

Für diesen echt englisch-tüftliche Vergnügen war den Briten kein Preis zu hoch. Selbstredend wollten sie aber auch Rumänien gegenüber nicht die Rolle des reinen Engels spielen. Irgendwie mußte auch dieses Volk über Ohr gehauen werden, um besten so, daß man nach dem kleinen Finger, den man zu haben wünschte, die ganze Hand ergreift. Und so wurde denn ein äußerst verzwickter und verkomplizierter Vertrag erlassen, der, wie immer, zum Ausgangspunkt die englische Geldmacht hatte. Die jetzige rumänische Regierung war in London kurzfristige Zahlungsverpflichtungen eingegangen, über deren Höhe ein geheimnisvoller Dunkel schwebt. Diese Schuld sollte durch den Verkauf des rumänischen Getreides abgelöst werden. Für denjenigen Teil des Kaufpreises, der die Schuld überstieg, wollte England eine Anzahlung von 3 000 000 Pfund in Gold leisten. Dieses Gold sollte aber keineswegs nach Rumänien wandern, sondern in den Kellern der Bank von England bleiben. Die rumänische Regierung aber sollte mit diesem Gold, das sie nicht erhielt, einen Teil ihrer Verpflichtungen an die rumänische Nationalbank abtragen. Diese wiederum sollte das Gold, das in London blieb, als Deckung für einen dreifachen Papiergeldbetrag benutzen, mit dem die rumänischen Landwirte entschädigt waren.

Fürwahr, sehr fein — für England — erlassen. England ging nicht das geringste Risiko ein, sah eine brutale Schuld gefügt, behielt sein Gold für sich und glaubte das Hungergepöhl endlich in den Bereich der verfallenen Mächtigkeiten einkreisen zu sehen. Der rumänische Landwirt erhielt für seine gute Ware, Papiergeld, und er blieb außerdem auf eigenem Risiko und auf eigenen Kosten für ganz unbestimmte Zeit (6 Monate nach allgemeinem Friedensschluß)

Aufbewahrer des Getreides, hatte dazu noch die Versicherungsgeld an englische Gesellschaften zu zahlen. Der rumänische Staat tauschte eine auswärtige Schuld gegen eine inländische Schuld ein, was in heutiger Zeit sicher kein Vorteil ist. Er mußte sich zu bedenklichen Finanzoperationen verstehen, die eine Überbürdung des Landes mit Papiergeld herbeigeführt hätten, dessen Deckung zum Teil in London liegt. Welch ein Machtmittel in der Hand eines England!

Es ist kein Wunder, daß gegen diese Abmachungen sich alsbald in Rumänien selbst heftigster Widerspruch erhob, nicht zuletzt von Seiten der rumänischen Landwirte. An dem Übermaß seiner Selbstsucht ist England auch dieses Mal gescheitert. Denn es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Hauptzweck des Vertrages, die Ausheuerung der Mittelmächte, mit den neuen Abmachungen in sein Gegenteil verwandelt worden ist. Sollte England aber nach Friedensschluß das gesamte Getreide überlassen müssen, so wird es die Differenz zwischen dem Kaufpreis und dem wirklichen Marktpreis zur Zeit der Ausfuhr tragen müssen.

**Los von England!**  
Frankfurt a. M., 22. März. Unter Zustimmung der deutschen und der englischen Regierung findet eine Lösung der bisherigen Verhältnisse zwischen der Metallbank und Metallurgische Gesellschaft, Aktiengesellschaft und der Metallgesellschaft einerseits und der Henry R. Merton Co. Ltd. andererseits statt, indem sich beide Teile ihren gegenseitigen Aktienbesitz vollständig entzählen. Vor definitiver Durchführung der Transaktion sind noch Formalitäten mit englischen Testamentsvollstreckern zu erledigen.

## Unsere vierte Kriegsanleihe.

**Einzelergebnisse.**  
Aus Baden, 22. März. Soweit bisher Meldungen vorliegen, haben die Zeichnungen auf die vierte Kriegsanleihe in Baden den gehobenen Erwartungen entsprochen, vielfach dieselben sogar überboten. Fast überall öffnet sich ein heiterer Gesamtergebnisse zu erwarten sein, wie bei der dritten Kriegsanleihe. Namentlich in den letzten drei Tagen wurden noch bedeutende Summen allerorts gezeichnet und am Dienstag und Mittwoch war der Andrang bei den Sparkassen und den Banken, ein außerordentlich großer, so daß er da und dort kaum bewältigt werden konnte. Da viele Leute mit den Zeichnungen bis in die letzten Tage zurückblieben, so ist den Banknoten auf den Banken und Sparkassen eine nicht leichte Arbeit verfallen. Verhältnismäßig sehr beträchtliche Summen wurden von den Schülern und Schülerinnen der verschiedenen Mittel- und Volksschulen demnächst zusammengebracht, was alle Anerkennung verdient. In Karlsruhe zeichnen die Schüler und Schülerinnen der Mittel- und Volksschulen 108 800 M.; allein die Gootscheule (Reformgymnasium) brachte einen Betrag von 68 000 M., die Karlsruher Volksschulen zusammen einen solchen von 96 712 M., zusammen, wovon in kleinen Barbeitzen unter 100 Mark, insgesamt 29 412 M. und auf Anteilscheine von 100 Mark und mehr 68 300 M. In Pforzheim zeichnen die Schüler und Schülerinnen der Mittel- und Volksschulen insgesamt 214 000 M. Das Gesamtergebnis der Zeichnungen in Pforzheim beläuft sich auf etwa 12½ Millionen M. In Heidelberg wurde von den Schülern und Schülerinnen der Volls- und Fortbildungsschulen die Summe von 31 000 M. gezeichnet. In Baden-Baden zeichnen die Schüler und Schülerinnen der dortigen Schulen rund 72 000 M., in den Schulen in Ettlingen wurden 35 000 M., in denen in Rastatt über 11 000 M. zusammengebracht.

Folgende Einzelzeichnungen aus Baden und Nachbarorten liegen noch vor: Allgemeine Ortskrankenkasse Pforzheim 100 000 M., Oberförster Häfde in Bahl i. B. 100 000 M., Firma Gebhardt Großmann in Brombach i. Baden 1 Million, Baumwollweber L. Berberich Sohn in Sickingen i. B. 200 000 M., Bezirksparlament Radolfzell 1 200 000 M., Sparkasse der Stadt Straßburg 600 000 M. (bei der dritten Anleihe ebenfalls), Eisenwerke Tabakmanufaktur Straßburg 200 000 M., die Stadt Lahr aus Mitteln der städtischen Stiftungen 170 000 M., Vereinigte Farben- und Lackfabriken in Straßburg-Röschhofen 100 000 M., Metallwarenfabrik Joh. Walter in Speyer 100 000 Mark.

rr. Baden-Baden, 22. März. Die heute nachmittag abgeschlossene Zeichnung für die 4. Kriegsanleihe ergab in unserer Stadt die Summe von 5 130 700 Mark. Bei der ersten Kriegsanleihe wurden 3 951 000 Mark, bei der zweiten 5 200 000 Mark und bei der dritten 6 766 300 Mark gezeichnet.

(?) Neustadt a. d. H., 22. März. Das Gesamtresultat der Kriegsanleihezeichnungen im Bezirk Neustadt ist bereits zusammengestellt und beläuft sich auf 10,5 Millionen gegen 11,5 Millionen bei der letzten Kriegsanleihe. Bei den hiesigen vier Banken, bei der Reichsbank und der Sparkasse Neustadt wurden 8,5 Millionen gezeichnet, davon bei der Platzbank allein 3,5 Millionen. Das Resultat ist um so erfreulicher, als außerdem auch noch beträchtliche Summen aus dem Bezirk nach auswärts gezeichnet wurden.

## Organisation der galizischen Erdölindustrie.

Die von der Regierung in die Wege geleitete Organisation der galizischen Erdölindustrie ist in Form einer Genossenschaft mit allgemeinem Beitrittszwang in Aussicht genommen, die sich nach dem Fremdenrecht nicht nur mit dem Erdölvertrieb befassen, sondern auch bei Errichtung von Erdölrefinerien, Lagerhäusern und einer Naphtabank mitwirken soll.

## Wochenweise der russischen Staatsbank vom 22. März 1916.

Aktiva. (in Millionen Rubel)	geg. Verw.
Restant an Gold	1822,8 — 1,3
Gold in Ausland	941,0 — 4,7
Edel- und Schmuckgegenstände	63,0 — 2,4
Wertpapiere	308,8 — 20,5
Vorschußige Schatzguthaben	208,4 — 25,8
Vorschuß, abgerechnet durch Wertpapiere	200,5 — 183,3
Warene	85,5 — 1,7
Vorschuß an Anstalten des kaiserlichen Kredits	24,7 — 0,7
Vorschuß an Landwirte	18,8 — 0,4
Vorschuß an Industrielle	7,1 — 0,5
Guthaben bei den Filialen der Bank	415,4 — 30,0
<b>Passiva.</b>	
Eintrag der umlaufenden Noten	3530,0 — 30,8
Bankkapital	92,0 — 0,0
Einlagen	22,7 — 1,2
Laufende Rechnung des Staatskassiers	207,0 — 1,7
Laufende Rechnung der Privaten	1028,6 — 17,1

## Amsterdamer Effektenbörse.

Amsterdam, 22. März.	22.	21.	22.	21.
Offizielle:				
3½ p. R. V. A. d. N.	101 1/8	101 1/8	101 1/8	101 1/8
3½ p. R. V. A. d. N.	77 1/2	77 1/2	77 1/2	77 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	53 1/2	53 1/2	53 1/2	53 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	30 1/2	30 1/2	30 1/2	30 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	17 1/2	17 1/2	17 1/2	17 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	100 1/2	100 1/2	100 1/2	100 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	82 1/2	82 1/2	82 1/2	82 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	—	—	—	—
Unoffizielle:				
3½ p. R. V. A. d. N.	101 1/8	101 1/8	101 1/8	101 1/8
3½ p. R. V. A. d. N.	77 1/2	77 1/2	77 1/2	77 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	53 1/2	53 1/2	53 1/2	53 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	30 1/2	30 1/2	30 1/2	30 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	17 1/2	17 1/2	17 1/2	17 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	100 1/2	100 1/2	100 1/2	100 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	82 1/2	82 1/2	82 1/2	82 1/2
3½ p. R. V. A. d. N.	—	—	—	—

## Resultat von Kupferkesseln.

Da bis spätestens Ende Juli d. Js. die Entleerung der Kupferkessel und Kupfer- bzw. Nickelgeschiffe im ganzen Deutschen Reich durchgeführt sein muß, ist es dringend notwendig, daß die Besitzer solcher Kessel und Schiffe sich nach geeigneten Ersatz umsehen.

Kupfer und Nickel wurden bisher zur Anfertigung von Kesseln und Herdschiffen bevorzugt, weil diese Metalle keinen Rost ziehen und Geschirre daraus sich daher stets sehr reinigend und rein halten lassen.

Als vorzüglicher Ersatz dafür kommen emaillierte gußeiserne Kessel und Herdschiffe in Betracht. Diese haben den Vorzug:

1. daß sie infolge der Emailierung im Inneren nicht rosten und daher leicht gereinigt und rein gehalten werden können;
2. daß die Speisen infolge der 3—5 mm dicken Wandstärke der gußeisernen Omschirre nicht leicht anbrennen;
3. daß die Geschirre infolge der vorerwähnten dicken Wandstärke nicht durchrosten oder durchbrennen und daher unbegrenzt haltbar sind.

Durch den großen Arbeitermangel ist die Fabrikation von Gußkesseln und Herdschiffen der Werke aber eine sehr beschränkte. Der gegenwärtige große Bedarf kann daher nur allmählich gedeckt werden. Unbedingt notwendig ist es aber, seinen Bedarf sofort aufzugeben, damit die Werke sich mit ihrer Fabrikation, soweit es die gegenwärtigen abnormen Verhältnisse zulassen, danach einrichten können.

Statt gußeiserner Kessel werden vielfach auch solche aus Stahlblech genommen, besonders da letztere leichter herzustellen und demnach auch leichter zu haben sind.

Blech hat gegen Gußeisen den großen Nachteil, daß es viel leichter roset. Um diesen Umstand abzuwehren, werden die Blechkessel auch außen mit einer Emailschicht versehen. Beim Gebrauch ist daher darauf zu achten, daß diese äußere Emailschicht nicht beschädigt wird, da an den beschädigten Stellen das freigelegene Blech rost ansetzt und die Gefahr besteht, daß der Kessel an dieser Stelle durchroset. Blechkessel aus zu dünnem Blech sind selbstverständlich minderwertig.

Beim Ankauf von Blechkesseln ist daher vor allem darauf zu achten, daß sie eine möglichst dicke Wandstärke besitzen, also nicht zu leicht sind. Man lasse sich durch die Billigkeit nicht zum Ankauf eines leichten Kessels verleiten, da er um so rascher verschleißt, je leichter er ist.

## Heiligkeit und Hinnahme der Kupfer- und Nickelgeschiffe aus Hausbrennereien.

Die Bestimmung, daß „Brennkessel aus Hausbrennereien, die nicht möhlige Stoffe verarbeiten“, auf Grund der Verordnung M. 323/10, 15. KRA, betreffend „Entleerung, Abklärung und Einziehung der durch die Verordnung M. 325/7, 15. KRA, beschlagnahmten Gegenstände“, vom 16. November 1915, an die Sammelstellen der Kommunalverbände abgeliefert werden sollen, hat vielfach zu einer irrtümlichen Auffassung Anlaß gegeben.

An die Sammelstellen der Kommunalverbände sind nur „Brennkessel aus Hausbrennereien, die nicht möhlige Stoffe verarbeiten“, abzuliefern, in denen also im Gegensatz zu Kartoffeln und Getreide, Obst, Beeren oder Rückstände davon, Wein, Weinhefe, Most, Würstchen oder Rückstände davon, oder die Rückstände der Wein- und Bierbereitung verarbeitet werden.

Die Bestimmung „Hausbrennerei“ bedeutet, daß von der genannten Verordnung nur die kleinsten betrieblichen Betriebe betroffen werden, die aus obigen Rohstoffen lediglich für den eigenen Bedarf Trinkt. braunwein herstellen, sogenannte „Eigenbrennereien“.

Eine gelegentliche Veräußerung von selbst erzeugtem Braunwein an eine oder mehrere Personen oder eine gleichzeitige Mitverarbeitung von geringen Mengen möhliger Stoffe verstößt noch nicht gegen den Begriff der „Hausbrennerei“.

Sämtliche anderen Brennereien, sowohl landwirtschaftliche, als auch gewerbliche, unterliegen dagegen der Meldepflicht an die Metall-Mobilisationsstelle des Königlich Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 20, auf Grund der Verordnung M. 17, 15. KRA, betreffend „Besondere Melde- und Verwertungs von Kupfer in Fertigfabrikaten“, vom 20. Juli 1915, und der Beschlagnahme auf Grund der Verordnung M. 595/9, 15. KRA, betreffend „Beschlagnahme und

Nachmeldung von Kupfer in Fertigfabrikaten, vom 2. November 1915, sofern das Gewicht ihrer Gesamtbestände an Kupfer in Fertigfabrikaten höher als 150 kg ist.

Die Beschlagnahmeverordnung M. 595/9, 15. KRA, verbietet nur den freihändigen Verkauf der beschlagnahmten Gegenstände, dagegen steht ihrer weiteren Benützung im eigenen Betriebe vorläufig nichts im Wege.

Die kupfernen Anlagen in Brennereien, Molke- und dergleichen unterliegen ebenfalls den Bestimmungen der beiden letztgenannten Verordnungen und sind daher nicht bei den Sammelstellen der Kommunalverbände abzuliefern.

Der Vorstand des Königlich Preussischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, A.G. G.

Das Ertrags der Gesellschaft im abgelaufenen Jahre gestieg wieder eine 10proz. Dividendenverteilung. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung steht einschließlich des Vortrages ein Reingewinn von M. 746 929 (750 254) zur Verfügung. Zum Vortrag auf neue Rechnung sollen M. 18 904 (21 683) geungen, im Geschäftsbericht teilt die Verwaltung mit, daß der Einfluß des Krieges sich auf die Stromabgabe in verstärktem Maße bemerkbar gemacht hatte. Nach der Bilanz werden ausgewiesen: Debitoren mit M. 1 132 381 (1 520 393), Kreditoren dagegen mit M. 1 389 253 (1 642 162).

## Kasseler Steinkohlenbergwerke Aktiengesellschaft, Essen.

Die Gesellschaft, welche heute ihren Geschäftsbericht der Öffentlichkeit vorlegt, bringt zunächst in demselben die Tagesordnung zur ordentlichen Generalversammlung am 29. März. Die Generalversammlung soll bekanntlich die Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um nom. 6 Mill. Mark auf nom. 25 Mill. M. zum Zwecke des Erwerbes der Kuxe der Gewerkschaft Donnersfeld unter Ausschließung des Bezugsrechtes der Aktionäre beschließen. Der Gewinn der Gesellschaft im abgelaufenen Jahre betrug: aus Kohlenförderung M. 7 506 459, aus Bruttoerzeugung M. 1 835 370, Einnahme für Miete M. 182 941, zusammen M. 9 524 772. Hiervon gehen u. a. ab: Allgemeine Unkosten M. 1 271 094, Kriegsgewinnrücklage mit M. 395 000, Abschreibungen mit M. 2 333 877, so daß demnach der bereits bekannte Reingewinn von Mark 5 543 070 zur Verfügung steht, aus dem eine Dividende von 10 Prozent zur Verteilung in Vorschlag gebracht wird. Im Bericht schreibt die Verwaltung: Das Kohlen-Syndikat ist unter Einschuß des fiskalischen Bergbaues und aller bis jetzt ausstehenden Zechen, bis auf zwei kleinere, deren Beitrag unter angemessenen Bedingungen nicht zu erzielen war, bis 1. April 1917 neu gegründet. Hoffen wir, daß der Gesamtertrag der Beihilgen es ermöglicht, das sogenannte Übergangs-Syndikat im Laufe des Jahres 1916 durch ein endgültiges „Dauer-Syndikat“ zu ersetzen. Unsere Beteiligungsziffer blieb auch im Berichtsjahre unverändert; sie beträgt 2 325 900 t einschl. 811 000 t Brutto.

## Die Goldproduktion der Welt von 1915.

Die „Times“ vom 9. März schreiben: Wie die Statistik des New Yorker „Financial Chronicle“ zeigt, brachte das Jahr 1915 einen neuen Rekord in der Goldproduktion. Die Gesamtproduktion betrug etwa 23 063 673 Unzen im Werte von 97 969 870 Pfund Sterling. Die bisherige Höchstproduktion wurde im Jahre 1912 erzielt; sie wird jedoch durch das Ergebnis 1915 um 477 976 Unzen im Werte von 2 115 302 Pfund übertraffen. Am bemerkenswertesten ist jedoch, daß die europäischen und nordamerikanischen Banken ihren Goldvorrat 1915 um einen Betrag erhöhten, der noch um 73 Millionen Pfund Sterling größer ist, als das neu gewonnene Gold. Dem die liberal in den Händen Privater angesammelten Goldmengen fließen zu den Banken zurück. Dieser Goldgewinn ist daher 1915 viel wichtiger geworden, als die Golderzeugung selbst.

## Letzte Handelsnachrichten.

WTB. Berlin, 22. März. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend die Festsetzung von Einheitspreisen für zuckerhaltige Futtermittel und Zuschläge dazu vom 21. März 1916.

## Schiffahrtsbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 22. März. (Amtliche Notierungen.) Bergfahrtsfrachten: Mainz-Gustavsburg M. 1,25, Mainplättchen bis Frankfurt M. 1,25, Mannheim M. 1,25, Karlsruhe M. 1,40, Lauterburg M. 1,50, Sandburg M. 1,75, Schleppelohr: St. Goar M. 0,60—0,65, Mainz-Gustavsburg M. 0,90—1,00, Mannheim M. 1,00—1,10. Talfrachten für Kohlenladungen: a) Gravelage große Schiffe M. 2,90. (100 t = 239,50 Mark.)

## Wasserstandsbeobachtungen im Monat März.

Regelung von	18.	19.	20.	21.	22.	23.	Bemerkungen
Wetzlar	1,10	1,30	1,50	1,50	1,73	1,85	Abnehm. 6 Uhr
Kohl	2,25	2,50	2,53	2,51	2,63	2,77	Abnehm. 2 Uhr
Waxau	3,01	4,15	4,15	4,09	4,12	4,22	Wachst. 2 Uhr
Rheinheim	3,25	3,57	3,40	3,45	3,39	3,40	Wachst. 7 Uhr
Kast	1,40	1,26	1,21	1,27	1,24	1,24	F. 6. 12 Uhr
Kell	2,81	2,53	2,46	2,42	2,37	2,37	Vorm. 2 Uhr
Kell	2,90	2,76	2,76	2,68	2,58	2,58	Nachm. 4 Uhr
von Neekar:							
Mannheim	3,46	3,06	3,06	3,46	3,35	3,35	Vorm. 7 Uhr
Gustavsb.	1,55	1,47	1,40	1,25	1,40	1,40	Vorm. 7 Uhr

\*) Std. + 4°

Verantwortlich:  
Für den allgemeinen Teil: Dr. Fritz Goldenbaum;  
für den Handelsteil: Dr. Adolf Agthe;  
für den Inseratenteil und Geschäftsstellen: Fritz Joos.  
Druck und Verlag der:  
Dr. H. Mass'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.  
Direktor: I. V. Julius Weber.





**Er** auch das Schmeffelt artifizial.  
 fenn vergrößert es nicht das  
 Eindringen des Wassers in  
 das Schmeffelt.

**Schmeffelt Tranolin**  
 und Universal-Eran-Lederseff

seff prompt lindernd.  
 Gebra: Led-Buch-Schmeffelt

**Nigra.** (Reine abfärbende Hafercreme.)

Carl Gentner, Chem. Fabrik, Oddingen  
 (Wirtzen). 1266

**Größt. Damen-Friseur**  
v. Kriegsaußr. eig. Gesch.  
in Paris, sucht best. Preisbe-  
wundernd. Gg. Dammel.  
S 4, 212 Zr. 58826

**Feinste Nordsee-**  
**Schellfische**  
**Stablian**  
**Johann A. Schmidt**  
Teilsfischen 58323  
**Windesstraße 8**

**Grachtbriefe** aller Art in jeder Anzahl stets vorrätig in der  
Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei.



MANOLI  
Geldpost-  
parfungen

20 \* 50 \* 100  
Zigaretten

Die ewige Schmach!

Ein Geiseltroman aus dem Elfaß  
von Erica Grupe-Börcher.

67) (Fortsetzung.)

Es wurde einen Augenblick noch still in dem düstern, nichternen und feuchtsen Raum. Irmingard rang selber unter dieser neuen Erkenntnis von menschlicher Gemeinheit. Aber der Offizier war noch lange nicht zu Ende.

„Man hat Ihnen bereits gelehrt die wichtigste Anschuldigung vorbehalten, diejenige Anschuldigung, welche überall die größte Empörung und Verachtung gegen Sie und Ihre Handlungsweise hervorgerufen mußte!“

Irmingard hob den Kopf. Würde man es jetzt wieder vorbringen, daß sie in ihrem Hause französische Soldaten verheimlicht und verpflegt haben sollte? — Bis hierhin war gestern das Verhör gekommen. Da war sie förmlich zumutungsgebrochen und auch die Stimme hatte jeden Ton verlegt, jedoch der Offizier das Verhör abbrechen und verweigerte.

Ja, worüber wurde ihr jetzt die Anklage von neuem vorgelesen. Sie sollte in ihrem Hause ein Verstecksort errichtet haben. Es seien anständig viele der bei ihr eingesperrten französischen Gefangenen gestorben. Der Verdacht dränge sogar dahin, daß einem sterbenden Soldaten die Augen geblendet worden wären.

Irmingard richtete sich mit feiner Muskel. Nur der Atem ging mühsam und schwer. Es war ja so unsehbar, beßte man sie jetzt aufstehe. — So unglaublich, so auch den Wölfen gegriffen! Wo sollte sie angesichts dieser Verleumdungen überhaupt beginnen, sich zu verteidigen? — Eine Pause entstand. Der Offizier wurde unruhig und blinnte sie erwartungsvoll an. — Da reißte sich Irmingard gewaltsam auf.

„Ja habe auch viele ungenauere Anschuldigungen mit einer Bitte an entworten: ich erkläre, bei dem Herrn Kommandeur des Regiments Nachforschungen anstellen. Ge wird Ihnen bestätigen, wie er selber verfuhr in mein Haus einzutreten, und ich war mit seinem Abwarten und seiner Besichtigung mit der größten Bereitwilligkeit ausgenommen habe. Angenommen ich, daß man bei dem Kommandanten

ten von Ottweiler genuine Nachforschungen an-  
stellte. Er wußte Ihnen der Wahrheit gemäß be-  
stehigen, daß ich niemals ein Lazarett in meinem  
Dauie eingerichtet hatte. Ich habe niemals außer  
dem schwerverwundeten Oberst einen anderen  
Verwundeten in meinem Dauie gepflegt. So-  
mit ist es hinlänglich, daß bei einer Unterzün-  
dung sich die Medicamente als verpestet herausgestellt  
hätten, oder ich irgend einem Verwundeten ein  
Leid zugefügt!"

Sie sah, wie der Offizier zu schreien und  
schreien zu wollen begann.

"So viel mir bekannt ist, hat der Oberst den  
Befehl über sein Regiment noch nicht wieder  
übernommen, da er noch schwer krank sein soll.  
Ich werde mich bemühen, den Herrn Major un-  
ter'st Kriegsgerichtliches hier noch dem künfti-  
gen Abhört des kranken Herrn Obersten zu veran-  
lassen. Es ist noch nicht sicher, ob der Herr Ma-  
jor Ihnen Gründe nachsicht. Denn ich kann  
Ihnen nicht verhehlen, daß er sehr schlecht auf  
Sie und Ihre ganze Angelegenheit zu sprechen  
ist."

"Aber wenn es doch nichts als Lügen, Er-  
findungen und schändliche Demonstrationen sind,  
die sich um mich annehmen lassen!—" unter-  
brach Jungward ihn gerührt, "wenn doch alle  
diese Vorwürfe in Nichts zusammenzusinken wür-  
den! Sie können mich doch nicht auf Vorwürfe  
allein hin verurtheilen! Die Gerechtigkeit ver-  
steht, daß Sie den Knechten nachsehen, welche  
ich als Knechtlinge an meiner Gerechtigkeit an-  
gehe. Das verlangt doch die Gerechtigkeit von  
der Gerechtigkeit eines jeden Landes!"

Der Offizier nickte die Achsel. "Es liegt eben  
zu viel Schwermüdigkeit gegen Sie vor. Wenn  
Sie eine einfache Arbeiterfrau wären, dann  
würde man Sie vielleicht lauten. Aber so hat  
man mich ausdrücklich von Ottweiler her darauf  
aufmerksam gemacht, welchen Einfluß Sie in  
Ottweiler besitzen und wie Sie diesen Einfluß  
in deutschen Sinne betätigen! Es liegt noch  
mehr gegen Sie vor. Sie sollen auch dem  
Feinde Abthugmale von Ihrer freigelegenen  
Lage gegeben haben."

"Das ist unmöglich, denn solange ich in Ot-  
twiler war, befanden sich gar keine deutschen  
Truppen im Ort."

Der Offizier suchte abermals die Mädeln, weil  
er nicht zu antworten wußte. Er konnte die  
Verhältnisse nicht und konnte sein Urtheil ab-

gehen. Er hatte nur seine Pflicht zu erfüllen. Und das wurde ihm heute dieser Mann gegenüber schwerer als sonst. Aber Tringard dachte im Stillen immer an ihr Kind, für das jeder Tag einer früheren Freiheit Rettung war.

„Ich erinde Sie nochmals, den Aufenthaltswort des kranken Vaters ausfindig zu machen. Sein Adjutant stammt aus Ottweiler. Er wird Ihnen sagen können, wie gaskisch ich den vermissten Kommandeur aufnehme, und mich immer jeglich jeder Demotivation gegen die menschliche Sache enthielt. Auch der Hauptkommandant des Ottweiler soll es Ihnen bestätigen.“

„Ich wiederhole Ihnen, in Ihrem Interesse den Versuch hier zu machen. Es wäre und jetzt ersähtet, auf Ihre Bitte Nachforschungen aufzulegen, da Ottweiler teils jenseits wieder in unserem Besitz ist.“

Tringard hob überaus die Stirn. Er las die Frage und ihren Anhang.

„Ja, Ottweiler war inzwischen vorübergehend in deutschen Besitz. Aber jetzt haben wir eine neue Offensive unternommen. Mit größtem Erfolg als vorher. Ja, der Gaskier mittelste Sie jetzt am Fragen! Jetzt zahlen wir den blauen Teufeln (den Bayern) ihre Robeisen doppelt und dreifach beim! Was ich gefallen und Straßburg steht im Begriff zu kapitulieren. Wie werden nicht nur das ganze Elsass zurückgeben, sondern noch das ganze linke Rheinufer dazu, wie vor hundert Jahren. Ein Teil unserer Armee steht vor Mainz, die andere hat bereits Coblenz übermündet. Von Oden herum werden die Russen regelrecht heren und auf Berlin zu. Bei Beginn des neuen Jahres werden wir ohne Zweifel und mit unseren Verbündeten in Berlin begriffen. Und Kaiser kaiserlicher Kaiser Wilhelm wird schließlich seine Krone wieder überhaupst sein sein, aus diesem Kriege wenigstens als „Marquis de Kronenbrunn“ hervorgehen, wie man seinen Vorhaben, den „alten Fritz“, genannt hat.“

Tringard zwang sich zur Selbstbetrüderung. Im ersten Augenblick prechte sich, er das Herz aufzunehmen. Schon in den vorhergehenden Wochen war er von dem verschiedenen Gefängnispersonal triumphierend erzählt worden: Was ich gefallen und Straßburg würde vor der Kapitulation! Auch immer hatte sie sich an die

Unabwieslichkeit und die Unrichtigkeit jener  
Erzählungen annehmen. Jetzt, wo der Di-  
gnitar ihr das alles wiederholte, wollte sie an-  
setzen zu glauben. Das schöne, stolze, würdige  
Strenghaus stand vor der Requisition? — Ein  
erschütterndes Gefühl stieg immer wieder in ihm  
auf. Sie wurde innerlich wieder ruhiger und  
festen. Je weiter jetzt der Offizier transportierte  
Nimmer mehr trat die berühmte französische  
„bague“ vor ihre Augen. Die selbstenthalt-  
und eifrigen Franzosen nahmen den Mund  
gerne voll. Die preiswürdige Gabelstube Sub-  
stanz 14. hatte sein ganzes Volk durchdrungen, um  
es jetzt noch nach Jahrhunderten zu verpöhlen.  
Der Offizier erzählte ihr da die Gefährlichkeit  
und die Tugend, mit denen die Comités mit  
den Zeitungsherrn des „Lomb“ und des  
„Matin“ über die Bonapartes führten. Selbst  
bis in die Offiziersstube reichte die wahre  
Selbstverleumdung. Denn es war je nicht mög-  
lich, daß es so schmerzhaft um Deutschland hand-  
elte. Ein Volk, das sich, falls genannt, noch unter  
der Hand eines Regiments 1. Reichs empor-  
redete, ein Volk, das als junges Frauen  
des zweiten Kaiserthums das mächtige Frankreich  
umflügelte — dieses Volk beugte sich nicht vor  
der dritten Republik und gab seine wilden  
Länder im Herzen Deutschlands frei! In Nord  
war ihr Glaube an die Gerechtigkeit und an die  
Kraft der deutschen Sache am jetzt diese Behaup-  
tungen zu glauben.

Der Offizier liess ihren Gesicht zu merken.  
Er hätte ein erschütterndes Aufsehen, ein ver-  
schwiegenes Fragen und erst die Antwort errietet.  
Ihre vollkommenen Äußerungen blieben gegenüber (im  
Erzählungen ärgerte ihn. Das war in seinen  
Augen nichts als Selbstverleumdung. Dennoch  
sah er noch einige Dichter zum Traume auf  
England sei unterworfen und nicht mehr ge-  
wesen. Es habe die ganze Norddeutsche Deutschlands  
blüht. Der Süden von Kiel sei zusammen-  
gedrückt. Und Dänemark sei mit nur ein  
Zimmerbecken. Im neuen Jahre würden die  
französischen Kaiserliche, die russischen Kaiser  
und die englischen Highlanders auf dem Dampf-  
straßen Berlin Arm in Arm hantieren gehen.  
Als sie sich jetzt langsam, traurig er bedroht, ob  
er etwa seinen Worten nicht glaube und seine  
Erzählungen begreife?

(Fortsetzung folgt.)

# Vorteilhafte Lebensmittel

Donnerstag — Freitag — Samstag

Konserven	Fischkonserven	Kolonialwaren
<b>Brechsapargel</b> 3 Pfd.-D. 1.90, 1.90, 1.70, 1.45, 1.15 1 Pfd.-D. 92, 88, 80, 75, 65 Pf. <b>Stängensapargel</b> 2 Pfd.-D. 2.15, 1.90, 1.70, 1.40 1 Pfd.-D. 1.10, 1.05, 1.00, 90, 80 <b>Sapargelköpfe, grün, Dose 1.45 Pf.</b> <b>Erbsen, mittelfein 1 Dose 1.10</b> <b>Stangenwachsbohnen D. 72, 45</b> <b>Perlbohnen . . . D. 72, 45 Pf.</b> <b>Schnitt- oder Brechbohnen</b> 2 Pfd.-Dose 80, 88, 50 Pf. <b>Tomatenpurée D. 1.05, 92, 45, 55</b> <b>Karotten . . . Dose 90, 60 Pf.</b> <b>Risotto . . . 2 Pfd.-Dose 85 Pf.</b>	<b>Räucherwaren</b> <b>Rollmops 1 Ltr.-Dose 1.80</b> <b>Bismarckheringe 1 Ltr.-Dose 1.80</b> <b>Heringe in Tomaten Dose 95 Pf.</b> <b>Makrelen in Tomaten Dose 1.20</b> <b>Gelsardinen D. 95, 82, 72, 45, 45 Pf.</b> <b>Laachs . . . Dose 2.50, 2. . . 1.55</b> <b>Heringe in Remouladensauce</b> Dose 1.95 <b>Kleine Heringe in Öl D. 78 Pf.</b> <b>Krabben . . . . . Dose 1.62</b> <b>Makrel-Bücklinge ex. gr. 91, 30</b> <b>Bücklinge . . . Stück 15, 10 Pf.</b> <b>Sprotten . . . 1/4, Pfd. 25 Pf.</b>	<b>Hedderichhocken P. 70, 85 Pf.</b> <b>Hafersgrütze . . . Pfd. 53 Pf.</b> <b>Katzenkake . . . Pak. 53 Pf.</b> <b>Trockenmilch . . Pak. 85, 25 Pf.</b> <b>Backpulver, Vanillesouker</b> 10 Pakete . . . . . 70 Pf. <b>Fadenmehl . . . Pfd. 53 Pf.</b> <b>Makkaroni . . . Pfd. 52 Pf.</b> <b>Sago . . . . . Pfd. 62 Pf.</b> <b>Seidig-Kern . . Pak. 45, 35 Pf.</b> <b>Zichorie . . . . Pak. 10 Pf.</b> <b>Felgenkaffee Pak. 90, 55 Pf.</b> <b>Hühnerbrühkraftwürfel</b> 10 Stück 25, 100 Stück 2.25
<b>Weine u. Liköre</b> <b>Pfaffersheim, Bergamette,</b> <b>Magenbitter, Breal, Doppel-</b> <b>kümmel . . . Fl. 1.45, 1.45</b> <b>Kognak-Versch. Fl. 2.95, 1.70, 1.25</b> <b>Gebrüder-Kasten Fl. 2.30, 1.70, 1.10</b> <b>Malaga, Samos Fl. 2.35, 1.45</b> <b>Dürkheimer rot . . . Fl. 1.60</b> <b>Wachenheimer weiß Fl. 1.40</b>	<b>Marmeladen</b> <b>Zweischgenmarmelade</b> ca. 5 Pfd.-Eimer . . . . . 3.20 <b>Apfelmarmelade ca. 5 Pfd.-E. 2.70</b> <b>Rh. Apfelkraut</b> ca. 5 Pfund-Eimer vorrätig <b>Gem. Marmelade</b> ca. 5 Pfund-Eimer . . . . . 2.30 <b>Gem. Marmelade II</b> ca. 10 Pfund-Eimer . . . . . 4.70	<b>Südfrüchte</b> <b>Birnen . . . . . Pfd. 85 Pf.</b> <b>Pänaumen rose Pfd. 1.40, 1.30</b> <b>Pflirsche, Aprikosen billigst</b> <b>Felgros . . . . . Pfd. 50 Pf.</b> <b>Datteln . . . . . 1/4 Pfd. 55 Pf.</b> <b>Orangen . . . . 10 Stück 95 Pf.</b> <b>Apfelsine billigst</b> <b>Tafelfelgen . . . 1/4 Pfd. 85 Pf.</b>
<b>Ochsenmuskatlat</b> Dose 1.15, <b>65</b> Pf.	<b>Kond. Milch</b> . . . . . Dose <b>85</b> Pf.	<b>Odessa</b> . . . . . Dose 2.00, <b>1.10</b>

**S. Wronker & Co.** Preis netto:  
Mannheim.



**Edel-Nährstoff für NERVEN und BLUT**  
sind **Neura-Lecithin-Perlen**  
in konzentrierter, wasserlöslicher Form. Mache sie Ihr Heiligungsmittel  
in der **Kriegs-Rekonvaleszenz**.  
Hergestellt unter Kontrolle einer staatlichen Untersuchungsanstalt. Neura-Perlen  
werden nicht geschluckt, sondern gegessen und wegen ihres angenehmen Wohl-  
geschmacks selbst von Kindern und verwundeten Soldaten gern gegessen.  
Man besitze Würstchen „NEURA“ und das Leben Gefährdet an Heiligkeit.  
**ca. 2 1/2 Gramm 95%iges Reineleithin pro Perle**

# Kriegskarten-Atlas

vereinigt in zehn reich beschrifteten, vielfarbigen Karten sämtliche Kriegsschauplätze. Preis Mk. 1.50 mit Porto Mk. 1.60. Erhältlich in der Geschäftsstelle des General-Anzeigers „Badische Neueste Nachrichten.“











